

# DEUTSCHE **POLIZEI**

DEZEMBER 2016 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



**GdP-Fachsymposium**

**BePo**

**dringend besser ausrüsten**



Exklusive  
Angebote für  
**Polizei-**  
beamte

Auch die tapfersten Beschützer  
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
**Joseph-Scherer-Straße 3**  
**44139 Dortmund**  
Telefon 0231 135-2551  
polizei-info@pvag.de  
www.pvag.de

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen



Illustration: John Devolle/dpa

Der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR (VDP) und die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI (DP) wünschen allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche, friedvolle Weihnachtszeit und einen guten Rutsch.

### GESPRÄCHE



Foto: Zielasko

Vordringliches Ziel sei, möglichst schnell das Vertrauen der Bürger und der Politik in die Arbeit der Nachrichtendienste zurückzugewinnen, zu stärken und zu sichern, waren sich der Präsident des thüringischen Verfassungsschutzes, Stephan J. Kramer, und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow bei einem Meinungsaustausch in Berlin einig. **Seite 10**

### INTERVIEW

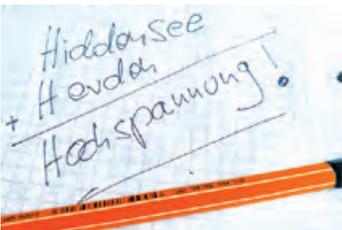


Foto: Zielasko

Krimiautor Tim Herden: „Nach gut zwanzig Jahren Nachrichten-geschäft schlich sich die Frage in mein Gehirn, kannst du eigentlich auch länger einen Spannungsbogen halten als Einsdreißig? Dann kam der Zufall dazu, dass ich auf Hiddensee bei meiner Hochzeit Opfer einer Straftat wurde.“ **Seite 9**

# INHALT Dezember 2016

- 2 **POLITIKGIPFEL IN HAMBURG** Vorläufiger Höhepunkt eines mit Großeinsätzen prall gefüllten Jahres
- 3 **TITEL/SYMPOSIUM** Auftragsbücher der „Lückenfüller“ sind übertoll
- 9 **INTERVIEW** Investitionsstau von 100 Millionen Euro
- 10 **GESPRÄCHE** Vertrauen in die Arbeit der Nachrichtendienste zurückgewinnen
- 10 **AUS LÄNDER UND BEZIRKEN** Europaseminar der GdP in Brüssel
- 14 **AUS LÄNDER UND BEZIRKEN** Sächsische Delegierte fordern „Sicherheit verdient Respekt“
- 16 **KALENDERBLATT** 50 Jahre GdP-Bundesgeschäftsstelle Hilden
- 16 **FRAUENGRUPPE (BUND)** Altersarmut von Frauen stoppen!
- 18 **BILDUNG** Führungskräfte „brennen“ für die GdP
- 20 **SOZIALES** „Wir leben nicht mehr in einer Tauschwirtschaft“
- 22 **TARIF** Wo geht die Reise hin?
- 24 **NACHLESE 50 JAHRE JUNGE GRUPPE (GdP)**
- 27 **ARBEITSSCHUTZ** Arbeitshilfe zum Aufbau eines Betrieblichen Gesundheitssystems
- 27 **SERVICE** Neues Schichtkalender-Modul in der App „GdP-Tools“
- 29 **IM DETAIL** Die Rolle der Polizei in Fällen häuslicher Gewalt
- 33 **BUCHTIPP ZUM THEMA** Häusliche Gewalt
- 33 **WETTKAMPF** 20. Deutsche Polizeimeisterschaft im Schach
- 34 **PUBLIC-RELATIONS-PREIS FÜR BREMER „POLIZEISTERN“** Fachwelt bescheinigt Horst Göbel „hervorragend geschriebene Reportage“
- 35 **SENIOREN** Die Deutschen werden immer älter – Vielfalt und Wandel im Alter
- 36 **FORUM**
- 37 **INTERVIEW** Einen Spannungsbogen länger als Einsdreißig
- 39 **BÜCHER**
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**



# Vorläufiger Höhepunkt eines mit Großeinsätzen prall gefüllten Jahres

**Als einen „Härtetest“ für die Sicherheit der Stadt und für die Polizei hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, das am 8. und 9. Dezember in Hamburg geplante Ministerratstreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bezeichnet. Malchow: „Die Herausforderungen an meine Kolleginnen und Kollegen, eine Vielzahl von Außenministern, aber auch das Grundrecht auf Demonstrationen inmitten einer Millionenmetropole zu schützen, sind riesig. Uns ist auch klar: Dieses Treffen ist nur das Vorspiel für den G-20-Gipfel im Sommer, wenn in der Hansestadt die Staats- und Regierungschefs der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer tagen werden.“**

Der Hamburger GdP-Chef sagte: „Das Außenministertreffen in der Hansestadt ist der vorläufige Höhepunkt eines für die Polizei außerordentlich belastenden Jahres. Flüchtlingskrise, Terrorbekämpfung, Kriminalitätsentwicklung, Demonstrationen und Fußballereinsätze: Meine Kolleginnen und Kollegen sind in diesem Jahr nicht mehr aus den Stiefeln gekommen. Allein die Zahl der länderübergreifenden Unterstützungseinsätze, die von den Bereitschaftspolizeien geleistet werden, ist in den vergangenen zehn Jahren von 89 auf 209 drastisch gestiegen.“

Mit gleichbleibender Personalstärke ständig mehr Aufgaben bewältigen zu müssen, sei seit Jahren das Schicksal aller Bereiche der Polizei, kritisiert der GdP-Bundesvorsitzende. Malchow: „Wir brauchen mehr Personal, eine bessere Ausstattung, und eine attraktivere Bezahlung, damit wir überhaupt noch geeig-



*Eine fast schon gespenstische Szene einer wie in den Jahren zuvor nicht friedlichen verlaufenen Demonstration zum 1. Mai 2016 in Hamburg. Foto: rtn - radio tele nord/dpa*

neten Nachwuchs für den belastenden Polizeidienst finden.“

## 90.000 Verpflegungsbeutel

Wie sehr sich Hamburgs Polizisten nicht nur um die Sicherheit der Staatsgäste kümmern, sondern auch um ihre Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern, stellen derzeit Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte der Hamburger Polizei unter anderem dadurch unter Beweis, dass sie mit großem Eifer 90.000 Verpflegungsbeutel befüllen, damit die Kräfte der eingesetzten Beamtinnen und Beamten nicht schwinden. Denn die werden sie brauchen. **hol**

**D**ennoch, so der GdP-Bundesvorsitzende, seien Treffen internationaler Spitzenpolitiker gerade in weltpolitisch bewegten Zeiten nicht nur notwendig, sondern zur Erhaltung des Friedens für die Menschen in Europa überlebenswichtig.

Malchow ist sich mit seinem Kollegen, dem Vorsitzenden des GdP-Landesbezirks Hamburg, Gerhard Kirsch, einig: „Die Polizei wird einen sicheren und friedlichen Verlauf der Begegnungen garantieren. Die Hamburger Polizei werden Einsatzkräfte aus dem

gesamten Bundesgebiet und der Bundespolizei unterstützen. Auch bei der Gewerkschaft der Polizei laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, die rund 11.000 Kolleginnen und Kollegen optimal zu betreuen“, betont Kirsch.

## Großes Engagement bei Betreuung

Die Einsatzkräfte werden der GdP zufolge „wie immer mit großem Engagement und hoher beruflicher Qualifikation“ die Aufgabe bewältigen.





GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow:  
„Eher Einsatz- als Bereitschaftspolizei“.

Photo: Holecek

**TITEL**

 **SYMPOSIUM**

## Auftragsbücher der „Lückenfüller“ sind übertoll

**GdP fordert von der Politik klares Bekenntnis zur Bereitschaftspolizei**

Von den DP-Redakteuren Rüdiger Holecek, Michael Zielasko und Wolfgang Schönwald

**Was haben die jährlich organisierten 10.000 Volksfeste und die jetzt wieder überall anzutreffenden 1.500 Weihnachtsmärkte in Deutschland mit der Bereitschaftspolizei zu tun? Ebenso viel wie die Suche nach Vermissten oder Beweisen in Wäldern, Seen, Flüssen oder Häusern. Bei all diesen Anlässen geht es in Terrorzeiten um höchste Sicherheit, ist also Manpower, Professionalität und Hingabe gefragt. Das bedeutet für die 16.000 Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizeien (BePo) hierzulande, sie werden zur Unterstützung angefordert. Von den unzähligen Demonstrationen, Fußballeinsätzen, Terrorlagen und Politikergipfeln alljährlich mal ganz abgesehen. Die Belastungszeiten für die BePo von Bund und Ländern seien in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, konstatiert der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow auf dem GdP-Symposium „Bereitschaftspolizei – Der Pfeiler im sicherheitspolitischen Gesamtgefüge“ Anfang November in Kassel. Die Auftragsbücher der Polizei sind „übertoll!“, betont Clemens Murr, zuständig für die Geschlossenen Einheiten im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand.**

Überstundenberge, veraltete Technik und Ausstattung, zu wenig Personal: Das sei eine wenig erfreuliche

Bestandsaufnahme der Arbeitsbedingungen der BePo zwischen Flensburg und Alpen, sagt Malchow zu Beginn

der zweitägigen Veranstaltung vor den rund 100 Bereitschaftspolizei-Experten der Gewerkschaft. „Angesichts des seit der Jahrtausendwende betriebenen teils massiven Personalabbaus bei den Länderpolizeien werden die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei immer öfter als ‚Lückenfüller‘ bei Großlagen wie Demonstrationen und Veranstaltungen missbraucht“, kritisiert der GdP-Chef. Er fordert ein „klares Bekenntnis der gesamten Politik zu unseren Bereitschaftspolizisten in den Geschlossenen Einheiten“.

„Die vorhandenen Einsatzkräfte kommen an vielen Tagen im Jahr kaum noch aus den Stiefeln. Zudem müssen die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten immer mehr Gewalt und Aggressivität erleben. Trotz alledem sind die Einheiten der Bereitschaftspolizei in Zeiten der sogenannten Wut-



bürger hoch motiviert und einsatzbereit“, betont Malchow.

### Investitionen von 100 Millionen Euro notwendig

Mit 16.438 Einsatzkräften habe die BePo zwar im vergangenen Jahr wieder den Personalbestand des Jahres 2005 erreicht, erläutert Murr. Gleichsam sei die Zahl der jährlichen länderübergreifenden Einsätze im gleichen Zeitraum von 89 auf 209 drastisch gestiegen. Zusätzliche finanzielle Mittel für die BePo waren dem Gewerkschafter zufolge im diesjährigen Bundeshaushalt zunächst nicht berücksichtigt worden. Erst der massive Druck der GdP habe zu einer Erhöhung der Mittel um 6,5 Millionen auf 20 Millionen Euro geführt, unterstreicht er und fügt hinzu: „Das reicht jedoch bei weitem nicht aus.“ Nach Auffassung der GdP sind Investitionen bei der Bereitschaftspolizei in Höhe von 100 Millionen Euro fällig.

Murr erklärt: „Wir müssen zum Beispiel den Bestand unserer Wasserwerfer erneuern. Da reden wir schon von einem Stückpreis von 1,2 Millionen Euro. Auch unsere Transportfahrzeuge sind teils 20 Jahre alt. Außerdem ist es dringend notwendig, die leichten und schweren Körperschutzausstattungen auf einen aktuellen Stand zu bringen.“ Es bleibt nach den Worten des GdP-Vorstandsmitglieds ein Rätsel, warum es nicht möglich ist, bundeseinheitlich qualitativ hochwertige Ausstattung zu beschaffen.



**Der hessische Innenminister Beuth (l.) im kurzen Vorgespräch mit GdP-Chef Oliver Malchow (m.) und Jürgen Herdes, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (BFA BePo).**

**Foto: Holecsek**

### Überstundenstände teils dramatisch

Die Bereitschaftspolizei leiste, so Murr weiter, nicht nur unterschiedlichste, sondern auch dauerhafte Unterstützungsmaßnahmen für die chronisch personell unterbesetzte Landespolizei, und zählt auf: Drogenbekämpfung, Durchführung von Schwerpunktprogrammen zum Beispiel im Straßenverkehr, Konzepteinsätze oder Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Dienstverrichtung, Vermissten- oder Beweissuche in Wäldern, Gebirge, Seen, Flüssen oder Häusern. Und natürlich Großlagen.

Hinzu komme, dass die BePo-Kräfte nur allzu gerne dazu verwendet werden, personelle Fehlbestände der anderen Polizeiverbände zu stopfen, da kaum irgendwo der Perso-

nalstand auf dem Papier auch dem tatsächlichen Personalstand entspreche. „Die GdP fordert deshalb die uneingeschränkte Erfüllung des in den bestehenden Verträgen festgelegten Personalstandes bei unseren 28 Bereitschaftspolizeiabteilungen, 105 Hundertschaften, 285 Zugtrupps, 865 Gruppen, 58 Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten und 29 Technischen Einsatzeinheiten“, sagt Murr unter Zustimmung der anwesenden Kolleginnen und Kollegen.

Aber nicht nur das: „Im Lichte aktueller und zukünftiger Aufgaben aber auch angesichts der Gefahren für die Sicherheitslage in Deutschland und damit einhergehender sicherheitspolitischer Herausforderungen ist es unabdingbar, die Bereitschaftspolizeien für die Zukunft personell so zu verstärken, dass auch unerwartete polizeiliche Lagen und neuartige Phänomene zuverlässig bewältigt werden können,“ unterstreicht er.

Derweil arbeiteten die Kolleginnen und Kollegen der BePo an der Belastungsgrenze – und darüber hinaus: „Die Überstundenstände sind zum Teil dramatisch, die Abgeltung in Freizeit



**Dreharbeiten für den Bericht in der HR-Hessenschau. Foto: Holecsek**



oftmals nur schwerlich oder gar nicht in den vorgesehenen Zeiträumen möglich.“

### Familiäres Umfeld muss es ausbaden

Es wird nach den Worten Murr immer schwieriger, dem Lebensgefährten einer Einsatzbeamtin oder der

„Wir brauchen aber ein ebenso klares Bekenntnis zu unserer Bereitschaftspolizisten in den geschlossenen Einheiten, das fehlt mir zuweilen völlig!“

**GdP-Vorstand Clemens Murr, zuständig für die Bereitschaftspolizei**

schwangeren Ehefrau eines Gruppen- oder Zugführers zu erklären, warum im nächsten sogenannten Freizeitblock schon wieder überraschenderweise keine Freizeit möglich ist und ein Einsatz gefahren werden muss. „Von unseren Kolleginnen und Kollegen wird eine Flexibilität eingefordert, die das gesamte familiäre Umfeld ausbaden muss“, betont er.

„Alle Sparten der Polizei in Deutschland leisten hervorragende Arbeit. Aber ohne die fachliche Qualität und das Engagement der Bereitschaftspolizeien in Bund und Ländern wäre die innere Sicherheit in Deutschland nicht aufrecht zu erhalten“, stellt Murr fest.

*(v.l.) Knut Lindenau, Landespolizeidirektor Niedersachsen und Vorsitzender des Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der Innenministerkonferenz (IMK), Clemens Murr, für die Bereitschaftspolizei zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands, der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Wolfgang Lohmann, neben ihm eine Mitarbeiterin seiner Abteilung im Bundesinnenministerium, Arnold Plickert, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, der Präsident der Hessischen Bereitschaftspolizei, Harald Schneider, GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff.*

Foto: Holecek



**Der hessische Innenminister Peter Beuth will dafür sorgen, „dass die Menschen, die in Uniformen stecken, geschützt werden“ und verwies auf eine hessische Bundesratsinitiative, die tätliche Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungssanitäter mit einer Mindeststrafe belegt.**

Foto: Holecek

tur und vielfältigen Einsatzbarkeit seien die Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei angesichts von Bedrohung durch den Terror, Flüchtlingszustrom sowie zahlreichen Großveranstaltungen unverzichtbar für die polizeiliche Aufgabenbewältigung. „Die Flexibilität ist ein herausragendes Qualitätsmerkmal und Markenzeichen der Bereitschaftspolizei“, sagt der Minister.

### BePo unverzichtbar für polizeiliche Aufgabenbewältigung

Als herzlich begrüßter Gast der GdP-Veranstaltung hob Hessens Innenminister Peter Beuth hervor, mit ihrer effizienten Organisationsstruk-

Die Polizistinnen und Polizisten hätten in den vergangenen Monaten sämtliche Herausforderungen gemeistert und ihren Wert dabei eindrucksvoll unterstrichen. „Das Einsatzgebiet der Bereitschaftspolizei reichte dabei von der polizeilichen



Unterstützung rund um die Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen, über die Übernahme von Rückführungsmaßnahmen bis hin zu Großlagen wie Demonstrationen oder Sport- und Kulturveranstaltungen“, so Beuth.

### Menschen in Uniform schützen

Mit Blick auf die zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte sagt der Innenminister, „wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die in Uniformen stecken, geschützt werden.“ Dazu gehöre die Anschaffung einer verbesserten Ausrüstung ebenso wie ein abschreckender Strafraum für Gewalttäter.

Beuth verwies in diesem Zusammenhang auf eine entsprechende Bundesratsinitiative, die von Hessen maßgeblich unterstützt wird. „Es ist egal, in welchen Paragrafen diese Verschärfung festgehalten wird und ob Sätze des hessischen Antrags darin sich wiederfinden, wichtig ist, dass tätliche Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungssanitäter mit einer Mindeststrafe bestraft werden“, betont er unter großer Zustimmung der Polizistinnen und Polizisten.

### Bei terroristischen Bedrohungslagen besteht Anpassungsbedarf

In der ersten Reihe neben den stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Arnold Plickert und Dietmar Schilff sowie GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller sitzend verfolgt der



**Wolfgang Lohmann, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder: „Es besteht Anpassungsbedarf.“**

Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Wolfgang Lohmann die gewerkschaftliche Bestandsaufnahme der BePo-Lage. Er hebt in einem Redebeitrag unter Hinweis auf die zunehmende Zahl der Einsätze hervor, dass die Bereitschaftspolizeien hierzulande einen unverzichtbaren Baustein in der Sicherheitsarchitektur darstellen, auch bei terroristischen Bedrohungslagen. Von zentraler Bedeutung sei deshalb die Gewährleistung der Kompatibilität. Grundsätzlich seien die Bereitschaftspolizeien sehr gut aufgestellt. „Im Hinblick auf terroristische

Anschlags- und Bedrohungslagen besteht Anpassungsbedarf, insbesondere bei der spezialisierten Aus- und Fortbildung und lageadäquaten Ausstattung“, erklärt Lohmann.

Die vielfältigen Aufgaben im Blick, so der ausgewiesene Polizeiexperte weiter, sei es notwendig, in organisatorischer Hinsicht zumindest auf den Erhalt beziehungsweise die Wiederherstellung vereinbarter Stärken zu drängen, aber auch die grundsätzliche Verfügbarkeit sicherzustellen, unter einsatztaktischen Gesichtspunkten eine Abstimmung der Einsatzphilosophien zu empfehlen und in der Aus- und Fortbildung die erforderliche Qualität zu sichern. Darüber hinaus gehende Bemühungen des Bundes und der Länder zur Erhöhung der Einsatzstärke auf der Grundlage einer regelmäßigen Bewertung der Kräftelage wären vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen ausdrücklich zu begrüßen, stellt Lohmann fest.

*(v.l.) NDR-Journalist Stefan Schölermann führte durch die intensive Podiumsdiskussion mit Knut Lindenau, Landespolizeidirektor Niedersachsen und Vorsitzender des Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der Innenministerkonferenz (IMK), dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Wolfgang Lohmann sowie Jürgen Herdes, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei. Fotos (2): Holecck*





**GdP-Chef Oliver Malchow mit einem Statement für ein Fernsehteam des Hessischen Rundfunks.**

### Großer Spielraum nicht immer vorteilhaft

Mit Verweis auf die Föderalismusreform im Jahre 2006 erinnert der Vorsitzende des Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der Innenministerkonferenz (IMK), Knut Lindenau, der Landespolizeidirektor Niedersachsens ist, daran, dass die Länder seitdem die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für das Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht der Landesbe-

amten besitzen. Das lasse den Ländern einen großen Spielraum, sei für den öffentlichen Dienst jedoch nicht immer vorteilhaft. „Beispielhaft sind hier die zum Teil gravierenden Unterschiede in der Besoldung anzuführen. So beträgt der Gehaltsunterschied zwischen einem Oberkommissar der Bundespolizei und einem Oberkommissar der Polizei Berlin über 460 Euro im Monat“, erläutert Lindenau, der ebenfalls ein ausgewiesener Fachmann ist.

Die Bereitschaftspolizei stehe im Spannungsfeld zwischen Terrorismus und Versammlungslagen und sei damit immer wieder völlig unterschiedlichen Leitlinien unterworfen. „Die Schwierigkeiten bei der Bewältigung von Versammlungslagen sind systemimmanent, denn eine Gesellschaft wie unsere, die demokratische



**In drei Arbeitskreisen debattierten und beschlossen die rund 100 Teilnehmer ein umfangreiches Forderungspaket.**



Vorstellungen formt, nach denen wir leben wollen, kann nicht frei von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten sein“, sagt Lindenau.

### Sichere Helme und Schutzwesten „überlebenswichtig“

In einer Podiumsdiskussion ging es dann um eine bessere persönliche und technische Ausstattung sowie Erholungs- und Freizeitphasen angesichts massenhaft angehäufte Überstunden. Inspekteur Lohmann stellt dabei vor dem Hintergrund der aktuellen Terrorlage klar, „wir brauchen bundeswei-

**Nicht alle Antworten der Referenten und Diskussionsteilnehmer stellten die Teilnehmer zufrieden. Fotos (3): Holecsek**



te Standards“. Bei der zunehmenden Zahl länderübergreifender Einsätze sei eine einheitliche Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen, beispielsweise sichere Helme und Schutzwesten, „überlebenswichtig“, sagt der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses BePo, Jürgen Herdes. Wie bedeutsam diese Forderung ist, macht Lindenau in der Debatte deutlich. Er verweist darauf: „Das Verletzungsrisiko bei den Einsätzen hat sich erhöht.“

**D**eshalb wird kritisch angemerkt, dass zwar bei geplanten Einsät-

präsidenten für sein Handeln mit einem Orden geehrt werden würde, in Deutschland dagegen fände sich dieser Kollege teils in die kriminelle Ecke gestellt.

---

### Viel Ernüchterung

Nach sehr angeregten Diskussionen in drei Arbeitskreisen fassen die rund 100 Polizistinnen und Polizisten zum Abschluss des Symposiums ihre Forderungen an die verantwortlichen Politiker zusammen – ein verbesserter

sätze und den Stellenwert innerhalb des Sicherheitsgefüges angeht. Die Bereitschaftspolizei ist weder Notstopfen, noch zum Verschleiß freigegeben, sondern ein unverzichtbarer Garant der inneren Sicherheit“, so das Fazit Malchows.

---

### Zu wenige politische Fürsprecher

Von den Teilnehmern wird kritisiert, dass innerhalb der Polizei die BePo häufig als Stellenpool gesehen wird, um personelle Lücken im täglichen Dienst auszugleichen. So hätten die Einheiten zudem im politischen Raum zu wenige Fürsprecher. Unverständlich sei, dass es bundesweit trotz gleicher Arbeit eine um mehrere hundert Euro variierende Bezahlung der Beamtinnen und Beamten sowie eine unterschiedliche Einsatzvergütung gebe.

**W**eiterhin sollten rechtzeitig Vorplanungen für angemessene Einsatzzeiten stattfinden, die die sogenannten Rüstzeiten sowie die Dauer der An- und Abfahrten berücksichtigten. Angesammelte Mehrdienststunden dürften nicht verfallen, Einsatzstunden in geschlossener Unterbringung müssten eins zu eins abgerechnet werden. Maßnahmen für die Gesundheitsförderung der Einsatzkräfte müssten ausgeweitet werden.

**U**m die Ausstattung und Lagebewältigung der Geschlossenen Einheiten anzugleichen, soll unter Federführung des Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder im Bundesinnenministerium ein mit Polizei-Praktikern, Kollegen der Beschaffungsämter und Arbeitsmedizinern besetztes bundesweit zuständiges Gremien geschaffen werden, das Mindeststandards entwickelt und mit den Ländern und Anbietern einen einheitlichen Ausstattungskatalog erstellt, heißt es abschließend.

**D**ie Kolleginnen und Kollegen hoffen nach den zwei Tagen in Kassel, dass damit ein ständiger konstruktiver Dialog in Gang gebracht wurde, der auch Wirkungen in der Politik hinterlässt. Die GdP will jedenfalls diesen Prozess unterstützend begleiten.



**Polizeipraktiker aus ganz Deutschland erörterten an zwei Tagen die Lage der Bereitschaftspolizei. Foto: Holecsek**

zen die Aufgabenverteilung für die Beamtinnen und Beamten entsprechend ihrer unterschiedlichen Ausstattung organisiert werden könnte, bei kurzfristig eingehenden Anforderungen dies jedoch nicht planbar sei. Allgemeine Zustimmung unter den Gewerkschaftern findet deshalb die Aussage in Richtung Bund und Länder: „Die Ausstattung der BePo darf nicht nach Kassenlage erfolgen.“ Lohmann wirft hierbei seine Erfahrung ein: Wenn der Bund dieses Geld in die Hand nehme, dann gebe es in der Fläche keine Probleme.

**D**och auch der manchmal unverständliche gesellschaftliche Umgang mit den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ist Thema des Gesprächs. So führt ein Teilnehmer aus den Zuhörerreihen an, dass ein französischer Polizeibeamter, der ein Terroristen während eines Einsatzes habe erschießen müssen, vom Staats-

Körperschutz, eine zeitgemäße und bundeseinheitliche technische Ausstattung, planbare Freizeit und mehr politische Rückendeckung sind nur wichtige Aspekte dabei.

**D**ie Bereitschaftspolizei sei heute eher eine Einsatzpolizei, fasst der GdP-Bundesvorsitzende Malchow die aktuell missliche Lage zusammen angesichts kommender Großeinsätze wie dem OSZE-Ministerratstreffen im Dezember und dem G-20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg. „Da gibt es auf der einen Seite eine große Hingabe meiner Kolleginnen und Kollegen für ihre häufig anspruchsvollen und gefährlichen Aufgaben, auf der anderen Seite ist da viel Ernüchterung, was ihre Arbeitsbedingungen, die Verletzungsrisiken, die Wertschätzung ihrer Ein-



# Investitionsstau von 100 Millionen Euro

**Nicht nur am Personal mangelt es der Bereitschaftspolizei, wie auf dem GdP-Symposium „Bereitschaftspolizei – Der Pfeiler im sicherheitspolitischen Gesamtgefüge“ Anfang November von den Rednern und Teilnehmern der Tagung bemängelt wurde, sondern auch an der Ausstattung mit notwendigen Führungs- und Einsatzmitteln. DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprach mit Clemens Murr, Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand.**

**DP: Nach Paragraph 8 des Verwaltungsabkommens (BRAS 140.1) hat der Bund generell auf seine Kosten Führungs- und Einsatzmittel für die Bereitschaftspolizeien der Länder im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu beschaffen. Im Koalitionsvertrag vom 14.12.2013 ist darüber hinaus unmissverständlich vereinbart worden, dass die Bundesregierung „gut qualifizierte und ausgestattete Bereitschaftspolizeien vorhalten will“.**

**Clemens Murr:** Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Bereitschaftspolizeien der Länder ist im Bundeshaushalt 2016 zunächst nicht berücksichtigt worden. Damit entsprach der Bundeshaushalt 2016 in diesem Punkt auch nicht dem Koalitionsvertrag. Erst auf massiven Druck der GdP hat der Deutsche Bundestag die Haushaltsmittel um 6,5 Millionen Euro auf knapp 20 Millionen erhöht.

**DP: Wofür werden diese Mittel benötigt?**

**Murr:** Wir müssen den Bestand unserer Wasserwerfer – Stückpreis circa 1,2 Millionen Euro – erneuern. Die für den geschlossenen Einsatz unverzichtbare Körperschutzausstattung sowohl in ihrer leichten wie schweren Version muss auf den aktuellen Stand gebracht werden. Auch die Einsatzbekleidung ist nicht mehr zeitgemäß. Es gibt mittlerweile hervorragende Konzepte, die den Ansprüchen an die Einsatzanzüge genügen könnten, die funktionell, tragefreundlich, flammhemmend, atmungsaktiv und vor allem für Frauen geeignet sind. Warum es nicht möglich ist, das vorhandene und bewährte Beste, zum Beispiel den in Bayern verwendeten Einsatzanzug in allen Ländern einheitlich zu beschaffen, bleibt uns ein Rätsel.

Unser Fuhrpark ist mancherorts zwischen 11 und 20 Jahre alt, wir brauchen dringend eine Erneuerung nicht

nur in Raten, sondern in großem Stil. Schließlich bereisen wir kreuz und quer die gesamte Republik. Fahrten von München nach Berlin, von Eutin nach Elmau, von Oranienburg nach Stuttgart, von Blumberg nach Köln oder von Schwerin nach Dresden sind nicht die Ausnahme, sondern mittlerweile zur Regel geworden. Anfahrtszeiten von drei, fünf oder zehn Stunden zu Einsatzörtlichkeiten sind die Folge. Somit ist der regelmäßige Austausch

Dokumentation, müssen mit der fortlaufenden Entwicklung Schritt halten. Zukunftsweisende Investitionen in moderne Kommunikationsmittel gehören ebenfalls zur Verbesserung der Infrastruktur bei der Bereitschaftspolizei.

**DP: Was ist darunter zu verstehen?**

**Murr:** WhatsApp ist ein beliebter und flächendeckend hervorragend funktionierender Messenger, durchaus geeignet auch als modernes Führungsmittel für die Polizei – aber eben zum dienstlichen Gebrauch nicht gestattet. In einem Pilotversuch wurde anlässlich des diesjährigen Oktoberfestes die Handhabung eines vom Dienstherrn beschafften dienstlichen Messengers erprobt. Die Evaluierung steht noch aus, aber die Kolleginnen und Kollegen berichteten von einer praxistauglichen und absolut konkurrenzfähigen Möglichkeit, um außerhalb der gängigen Kommunikationsmethoden Einsätze zu bewerkstelligen.



**Clemens Murr, für die Bereitschaftspolizei zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands, forderte von der Politik ein klares Bekenntnis zu unseren Bereitschaftspolizisten in den geschlossenen Einheiten.**  
Foto: Holecek

von zweckmäßig und gut ausgestatteten Fahrzeugen ein Muss.

**DP: Wie sieht es mit der Technik aus?**

**Murr:** Die klassischen Funkeinstrumentsmittel, aber auch Kameras oder Camcorder zur Beweissicherung und

**DP: Reichen die zur Verfügung stehenden Mittel?**

**Murr:** Nein. Die 20 Millionen Euro Haushaltsmittel für den Etat des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder reichen bei weitem nicht. Der Investitionsstau bei der Bereitschaftspolizei liegt unseres Erachtens bei rund 100 Millionen Euro.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch.**

**Das Interview führte DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek.**



## Vertrauen in die Arbeit der Nachrichtendienste zurückgewinnen

Auf das Kennenlernen folgte gleich der erste Meinungsaustausch: Gast in der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin war Mitte Oktober der Präsident des Verfassungsschutzes in Thüringen, Stephan J. Kramer (rechts im Bild). Im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow schilderte der in diesem Frühjahr in die GdP eingetretene Kramer die aktuelle Lage des Verfassungsschutzes im mitteldeutschen Bundesland.

Grundsätzlich erörterten beide die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz sowie die derzeitigen Rahmenbedingungen der Sicherheitsbehörden angesichts von Personalknappheit sowie Aufgabenfülle. Einig waren sich Kramer, der vor seinem aktuellen Amt rund zehn Jahre als Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland fungierte, und GdP-Chef Malchow darin, dass die Aufarbeitung der Taten des National-Sozialistischen Untergrunds



Foto: Zielasko

(NSU) die Sicherheitsbehörden, vor allem den Verfassungsschutz, in die Ecke gedrängt habe. Vordringliches Ziel sei nun, möglichst schnell das Ver-

trauen der Bürger und der Politik in die Arbeit der Nachrichtendienste zurückzugewinnen, zu stärken und zu sichern.

mzo

### AUS LÄNDERN UND BEZIRKEN

## Europaseminar der GdP in Brüssel

**Zum zweiten Mal organisierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Verbindung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Europaseminar in Brüssel. Drei Tage wurde Ende September über das Thema „Wie sicher ist Europa? Herausforderungen für die Polizeiarbeit in der EU“ referiert und diskutiert. 22 Beamte und Beamtinnen aus mehreren Bundesländern, die unterschiedlichste Funktionen bei der GdP ausüben, waren vertreten. Mir wurde die Möglichkeit eröffnet, als Vertreterin der JUNGEN GRUPPE des Landesbezirks Baden-Württemberg an dieser Veranstaltung teilzunehmen.**

Die Stadt Brüssel, die als Zentrum der Europäischen Union gilt und sich spätestens seit den Anschlägen im März 2016 wieder intensiv mit dem Thema Sicherheit und Frieden beschäftigt, stellte einen besonderen Rahmen für das Seminar dar.

### Herausforderung Terrorismus

Das Seminar begann mit einem Vortrag über die „Rolle und Handlungsfelder der europäischen Polizeiaгентur

Europol“. Die vortragende Referentin für Stabs- und Gremienarbeit aus Den Haag äußerte, dass das Thema Terrorismus in den letzten Jahren im Dornröschenschlaf gelegen habe und nun eine Herausforderung darstelle. Die Arbeit gestalte sich in Bezug auf die Informationsgewinnung schwierig, da die EU-Mitgliedsstaaten im Austausch sehr zurückhaltend seien. Aus der anschließenden Diskussion im Kreise der Seminarteilnehmer wurde erkennbar, dass ein einheitliches Datensystem auf Bundesebene gewünscht wird. Erst

dann könne der Datenaustausch auf Europa ausgeweitet werden.

### Einblicke in die Brüsseler Polizeiarbeit

Der Direktor der internationalen Polizeizusammenarbeit, Peter De Buysscher, aus Brüssel gab einen Einblick in die Polizeiarbeit und die Veränderungen zum Thema Innere Sicherheit seit den Anschlägen im März 2016. Der Anstieg des Informationsaustausches nach den Anschlägen sei um das Vierfache gestiegen. In Belgien sind derzeit zirka 450 sogenannte Foreign Terrorist Fighters bekannt. Dabei handelt es sich um europäische Staatsbürger, die in Kriegsregionen ausgereist sind, um beispielsweise in Syrien für den sogenannten Islamischen Staat (IS) zu kämpfen und im Anschluss nach Europa zurückkehren, um dort Anschläge zu verüben. >





# COP®

**COP® SHOP BERLIN**  
 Grunerstraße 5+7  
 10178 Berlin  
 Tel. +49-(0)30-69582727  
 Mail: berlin@cop-gmbh.de

**COP® SHOP FRANKFURT**  
 Schloßstraße 83  
 DE-60486 Frankfurt am Main  
 Tel. +49-(0)69-71918125  
 Mail: frankfurt@cop-gmbh.de

**COP® SHOP LEIPZIG**  
 Berliner Straße 16  
 04105 Leipzig  
 Tel. +49-(0)341-9129219  
 Mail: leipzig@cop-gmbh.de

**COP® SHOP MÜNCHEN**  
 Rosenheimer Straße 98  
 81667 München  
 Tel. +49-(0)89 - 59918646  
 Mail:muenchen@cop-gmbh.de

**COP® SHOP AUSTRIA**  
 Erdbergstr. 23  
 AT-1030 Wien - Österreich  
 Tel. +43-(0)1-7101-801  
 Mail: austria@cop-gmbh.at

**Öffnungszeiten:**  
 Montag bis Freitag:  
 10:00 bis 19:00 Uhr  
 Sa.: 10:00 bis 16:00 Uhr

**Öffnungszeiten:**  
 Montag bis Freitag:  
 10:00 bis 18:00 Uhr  
 Sa.: 10:00 bis 16:00 Uhr

**Öffnungszeiten:**  
 Montag bis Freitag:  
 09:00 bis 13:00 Uhr und  
 14:00 bis 18:00 Uhr

**Öffnungszeiten:**  
 Montag bis Freitag:  
 10:00 bis 19:00 Uhr  
 Sa.: 10:00 bis 16:00 Uhr

**Öffnungszeiten:**  
 Montag bis Donnerstag:  
 08:30 bis 17:00 Uhr  
 Freitag: 08:30 bis 15:00 Uhr

## COP® Specials November / Dezember 2016

\*\*Gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2016

**14 Polizei-Glip-board POSSE 37S**  
 Art.-Nr. CB-37S  
 Größe: 35 x 23 x 4 cm (L x B x H)  
 Farbe: silbergrau  
 Aus eloxierten Aluminium gefertigt. Oberfläche mattiert. Seitlich ist ein robuster Schnappverschluss angebracht. Am Deckel ist ein starker Metallclip angebracht um Dokumente und sonstiges sicher festzuklemmen. Innen sind 2 getrennte Fächer.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 39,90**  
 statt 59,99\*

**75 Lumen**

**15 Taschenleuchte QuiLite X LED Akku/USB inkl. Diffusoraufsatz XFLARE**  
 Art.-Nr. QL-XRW2  
 Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm  
 Gewicht: 42 g. Wieder aufladbare Taschenleuchte inkl. abnehmbarem Diffusoraufsatz XFLARE.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 49,90**  
 statt 74,99\*

**16 Kugelschreiber COP® SPEN Mk. III**  
 Art.-Nr. C-SPEN3-S  
 Farbe: schwarz  
 Strichstärke: mittel (0,5 mm)  
 Material: Aluminium; Länge: 16 cm  
 Taktischer Kugelschreiber mit abschraubbaren Handfesselschlüssel.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 19,90**  
 statt 29,99\*\*

**17 MAGNUM® "Must 8.0 WP" Einsatzstiefel**  
 Art.-Nr. 87801329S-Größe  
 Größen: 39-48  
 Farbe: schwarz  
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 635 g  
 Schafthöhe Gr. 43: 24 cm  
 Obermaterial: atmungsaktives, wasserdichtes Nylon mit Einlagen aus Leder. Rutschfeste, abriebarme und ölresistente Vibram® Sohle



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 79,90**  
 statt 149,99\*

**8 Under Armour® Einsatz-/Sporttasche mit Rollen "Road Game L"**  
 Art.-Nr. UA12350955  
 Außenmaße: 65 x 41 x 34 cm (L x B x H) Farbe: schwarz  
 Gewicht: 2,5 kg  
 Sporttasche mit Rollen aus der Under Armour® Sportsline. Ideal für Einsatz und Reisen.



**72 Liter**

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 149,90**  
 statt 179,99\*

**35 Liter**

**9 Einsatztasche COP® 912 Range Bag**  
 Art.-Nr. 912S BAG  
 Haupttasche: 60 x 40 x 25 cm  
 Herausnehmbare Innentasche: 42 x 15 x 22 cm  
 Farbe: schwarz  
 Material: 100% Polyester  
 Große Range Bag aus hochwertigem, reißfestem Nylon für den Einsatz oder für Profi- und Hobbyzwecke. Ein Seitenfach mit getrennten Innenfächern für 8 Magazine.



**3 Taschen in einer!**

**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 99,90**  
 statt 129,99\*\*

**10 BREAK FREE® Synthetisches Waffenöl CLP Precision Shooter**  
 Art.-Nr. 4-CLP-P5  
 Maße: 13,3 cm Höhe, 1,3 cm Durchmesser  
 Flasche mit einer stumpfen Hohlnadelspitze. Ideal um Öl an schwer zugänglichen Stellen anzubringen oder wenn eine geringe Dosierung des Öls erforderlich ist.  
 - Reiniger  
 - Schmiermittel  
 - Schutzmittel



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 3,90**  
 statt 5,99\*

Grundabgabepreis pro 100ml: VP\*: 79,87 €; SVKP\*\*\*: 66,53 €  
 Aktionspreis: 52,00 €

**7,5 ml**

**11 COP® Taschenlampe 8509 LED UV/Schwarzlicht**  
 Art.-Nr. 18509UV  
 Länge: 9,5 cm  
 Durchmesser: 2 cm  
 Leistung: 40MW  
 Geeignet für das Prüfen der Sicherheitsmerkmale von Ausweisen, TÜV- und Zulassungs-Plaketten mit UV-Sicherung. Kleine, extrem leistungsstarke UV LED-Taschenlampe mit arretierbarem Heckschalter und Handleine.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 19,90**  
 statt 34,99\*\*

**40 MW**

**12 Taschenlampe COP® 8503N4 LED**  
 Art.-Nr. 18503N4  
 Mit Cree® XP-G2 LED Leuchtmittel  
 Länge: 12,9 cm; Durchmesser: 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf; Leistung: 500 Lumen; Leuchtweite: 100 m  
 Gewicht mit Batterien: 127 g  
 Bei gleich bleibender Betriebsdauer wurde die Lichtleistung im Vergleich zum Vorgängermodell um 30% gesteigert!



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 39,90**  
 statt 59,99\*\*

**18 ArmourLite Tritium-Armbanduhr Caliber "AL603"**  
 Art.-Nr. AL-AL603  
 Farbe: schwarzes Gehäuse mit weißer Beschriftung  
 Extrem robuste, sportliche Einsatzuhr mit Tritium-Beleuchtung und Nylon-Armband. Leichtes Polycarbonat-Gehäuse mit hochwertigem, kratzfestem, Anti-Reflex Saphirglas  
 Wasserdichtigkeits-Klassifizierung (20 Bar) Perfekt zum Freitauchen ohne Geräte: Die Uhr ist wasserdicht bis 20 Bar / 200 Meter.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 249,90**  
 statt 349,99\*

**1 Einsatzstiefel adidas® GSG 9.2**  
 Art.-Nr. 8580729S-Größe UK  
 Farbe: schwarz  
 Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14  
 Verfügbar in 1/2 Größen  
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 724 g



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 139,90**  
 statt 164,99\*

Zertifiziert als Berufsschuh gem. EN347/02

**2 Einsatzhandschuh COP® CR214 TS**  
 Art.-Nr. 320214TS-Größe  
 Größen: XS - 3XL, Farbe: schwarz  
 Handinnenseite aus weichem, strapazierfähigem Ziegenleder. Schnittschutzfutter aus Kevlar® im Bereich der Hand- und Fingerinnenseiten. Prüfung nach EN388 am 14.01.2009 durch Institute für Testing and Certification, Tschechische Republik.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 29,90**  
 statt 40,99\*\*

EN 388  
 Abriebfestigkeit: Kategorie 2  
 Schnittfestigkeit: Kategorie 2  
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3  
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

**3 Under Armour® Tactical Handschuh "Infrared" ColdGear®**  
 Art.-Nr. UA1242663S-Größe  
 Farbe: schwarz; Größen: S - XL  
 Material: 87% Polyester, 13% Elasthan. Dünn, elastischer und eng anliegender Einsatzhandschuh mit Schaumverstärkung über den Knöcheln und langem Bund



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 25,90**  
 statt 34,99\*

**4 Tactical Langarm Crew T-Shirt Under Armour® ColdGear®**  
 Art.-Nr. UA12443940-Größe (olivgrün)  
 Art.-Nr. UA12443945-Größe (schwarz)  
 Art.-Nr. UA12443948-Größe (beige)  
 Art.-Nr. UA12443949-Größe (navy)  
 Farben: schwarz, olivgrün, beige, navy  
 Größen schwarz: S - 3XL, beige, oliv, navy: S - 2XL  
 Material: 87% Polyester, 13% Elasthan  
 Langarmshirt mit ColdGear® Technologie.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 39,90**  
 statt 64,99\*

**5 Under Armour® Tactical Beanie-Mütze**  
 Art.-Nr. UA1219736-O (olivgrün)  
 Art.-Nr. UA1219736-N (navy)  
 Art.-Nr. UA1219736-S (schwarz)  
 Farben: schwarz, navy und olivgrün  
 Größe: Einheitsgröße  
 Material: 100% Polyester  
 Isolierte, leichte Micro Fleece-Mütze.



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 15,90**  
 statt 26,99\*

**6 Polizeiausrüstungstasche COP® 903**  
 Art.-Nr. 903 BAG-2 (schwarz)  
 Art.-Nr. 903 BAG-2C (coyote)  
 Farben: schwarz und coyote  
 Material: 100% Polyester



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 59,90**  
 statt 84,99\*\*

Angebot gilt ohne Deko.

**7 Polizeiausrüstungstasche COP® 903 POLIZEI**  
 Art.-Nr. 903 BAG-2P2 (schwarz)  
 Art.-Nr. 903 BAG-2CP2 (coyote)  
 COP® 903 inkl. 1 Stk. Nicht-Reflex Folie POLIZEI, klein (91B13503SPOL).



**AKTIONSPREIS\*\***  
**€ 40 Liter**

\* kann nur von Behörden / Einrichtungen / Personen mit entsprechender Legitimierung erworben werden!

Für Gesamtübersicht der aktuellen Angebote den QR Code einlesen!



Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- und Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers | \*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2016 | \*\*\* erhaltener Verkaufspreis



Gruppenbild der Seminarteilnehmer mit Yvonne Kaufmann (m.) im EU-Parlament.

Fotos (2): GdP

Es würden nun Risikoanalysen und neue Verfahren erstellt, um die Gefahr weiterer Anschläge zu verringern beziehungsweise zu verhindern. Die internationale Polizeiarbeit sei nun wichtiger denn je, betonte De Buyscher.

### Thema Grenzkontrollen

Auch in den Räumlichkeiten der Ständigen Vertretung (StÄV) der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel, die die deutschen Interessen vertritt und die Bundesregierung über die politische Lage in Europas Hauptstadt informiert, wurde heiß diskutiert. Ein aktuelles Thema, das die Beamten vor allem an den Außengrenzen zu Frankreich beschäftigt, ist die Verschärfung der Grenzkontrollen. Vertreter der StÄV gaben an, sich mit dem Schengener-Informationssystem zu beschäftigen, um dieses für Grenzbeamte besser gestalten zu können. Des Weiteren möchte die StÄV, die sich vermehrt in den vergangenen zwei Jahren mit der „Sicherheit in Europa“ beschäftigt, Europol massiv im Bereich des Informationsaustausches stärken.

### Unzureichender Informationsaustausch

Zudem bestand die Möglichkeit, eine Debatte im Europäischen Parlament mit MdEP Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des Europäischen Parlaments, S&D Gruppe, Ausschuss für bürgerliche

Freiheiten, Justiz und Inneres, zu führen. Kaufmann kam einleitend auf die Problematik der Terrorismusbekämpfung zu sprechen und kritisierte auch den unzureichenden Informationsaustausch der Mitgliedsstaaten und deren Kooperation. Es würde zu wenig Prävention im Bereich der Terrorismusbekämpfung stattfinden. Der Kernpunkt aus ihrer Sicht ist, dass es zwar viele Gesetze gebe, welche aber schlecht umgesetzt werden. Sie appellierte, die gesetzgebende und ausführende Gewalt mehr zu verbinden.

### Die GdP in Europa

Zum Seminarabschluss referierte Jörg Bruchmüller, Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes und zuständig für den Bereich „Internationales“, über die internationale Gewerkschaftsarbeit am Beispiel der GdP. Bruchmüller ist seit April mit einem GdP-Büro in Brüssel vertreten und kann in kurzen Wegen im Gesetzgebungsverfahren das Anliegen der Polizei vor Ort vertreten.

### Dankbar über GdP-Lobbyarbeit

Als Fazit des diesjährigen Europaseminars lässt sich sagen, dass in den Gesprächen mit den Referenten aus Kommission, Parlament sowie der StÄV erkennbar war, dass Ziele zeitlich schwer festgesetzt werden können. Zudem ist es ein Problem innerhalb

der EU, dass zu viel Unkenntnis beziehungsweise Unwissen in Bezug auf andere Mitgliedstaaten vorhanden sei. Deshalb gaben die Referenten zu erkennen, dass sie über die Lobbyarbeit der GdP dankbar sind. Auch kamen bei dem Thema Datenschutz auf EU-Ebene Bedenken auf, da hierfür noch keine geeignete Rechtsgrundlage geschaffen wurde. In Bezug auf die gewerkschaftliche Arbeit wäre die Vernetzung mit Gewerkschaften anderer Länder zu begrüßen. Mit dem internationalen GdP-Büro in Brüssel kann nun ein



Carolin Schmid





Diskussionsrunde bei der Ständigen Vertretung in Brüssel. Foto: GdP

Netzwerk aufgebaut werden, dass nicht nur durch Lobbyarbeit erreicht werden soll, sondern auch durch Veranstaltungen vor Ort, um sich international

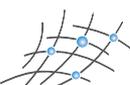
zu etablieren. Gerade in der jetzigen durch Terrorismus überschatteten Zeit ist es notwendig, sich durch Informationen gegenseitig zu unterstützen, denn

Terrorismus macht an Landesgrenzen nicht halt.

Für mich war erkennbar, wie wichtig es ist, gewerkschaftlich organisiert

Anzeige

Zentrum für  
Informationssicherheit

**CAK**   
Cyber Akademie

CYBER-KRIMINALITÄT IM FOKUS

## Seminare der Cyber Akademie für die Polizei

### Hacking-Methoden in der Praxis

- 24. – 25. Januar 2017, Berlin

### Personalrat und Datenschutz

- 21. Februar 2017, Stuttgart

### Sichere Webanwendungen in der öffentlichen Verwaltung

- 25. – 26. April 2017, Berlin

### IuK-Notfallmanagement für die Polizei nach BSI 100-4

- 30. – 31. Mai 2017, Frankfurt



Die GdP ist  
Partner der CAK



Weitere Informationen zu diesen und  
anderen Seminaren unter: [www.cyber-akademie.de](http://www.cyber-akademie.de)



zu sein und sich die Bedeutung einer Gewerkschaft nicht daran bemisst, ob ich mit Geschenken überhäuft werde, sondern in wie weit eine Gewerkschaft

sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Polizei einsetzt. Denn es geht letztendlich auch um meine eigene Sicherheit als Poli-

zeibeamtin. Und dort fühle ich mich in der GdP gut aufgehoben.

**Carolin Schmid, JUNGE GRUPPE  
GdP Baden-Württemberg**

## Sächsische Delegierte fordern „Sicherheit verdient Respekt“

**Mit einem überwältigendem Wahlergebnis und einem großen Vertrauensvorschuss geht Hagen Husgen, alter und neuer Vorsitzender der sächsischen Gewerkschaft der Polizei (GdP), in seine zweite Amtsperiode. Die über 70 Delegierten des 7. Ordentlichen Delegiertentages der GdP im Freistaat wählten ihn Mitte Oktober in Dresden mit 98,5 Prozent der Stimmen.**



*(v.l.n.r.) Torsten Scheller, Eckehard Goudschmidt, Christin Gerull, Matthias Büschel, Hagen Husgen, Jörg Günther, Udo Breuckmann, Thomas Pfeil, Jan Krumlovsky  
Foto: GdP Sachsen*

Auch die übrigen Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstands erzielten gute Wahlergebnisse. Ihm gehören neben Landeschef Husgen die vier stellvertretenden Vorsitzenden Matthias Büschel (BG Chemnitz), Torsten Scheller (BG Polizeiverwaltungsamt), Eckehard Goudschmidt (BG Leipzig) und Jörg Günther zuständig für Tarif (BG Polizeiverwaltungsamt) an. Udo Breuckmann wurde als Landeskassierer bestätigt und Thomas Pfeil (KG BePo Leipzig) als dessen Stellvertreter gewählt. Als Landesschriftführer wiedergewählt wurde Jan Krumlovsky (BG Dresden), Christin Gerull (Landeskriminalamt Sachsen) ist seine Stellvertreterin.

Auf ihrem Delegiertentag präsentierte sich die GdP Sachsen für die härter werdenden Auseinandersetzungen mit der Politik gut vorbereitet. Denn die Delegierten haben nicht nur den neuen Landesvorstand mit einem starken

Mandat ausgestattet, sondern auch zukunftsweisende Konzepte beschlossen.

### Unter die Haut

„Sicherheit verdient Respekt“: Dieses Motto des Landesdelegiertentages betonte zu Beginn der Veranstaltung im wahrsten Sinne des Wortes der unter die Haut gehende Song von Chris Gecko „Auch Mensch“, in dem der baden-württembergische Polizeibeamte beeindruckend den Spagat eines Polizisten vom polizeilichen Alltag zu einem ganz normalen Familienleben verdeutlicht.

### Wichtiger Gesprächspartner der Politik

Mit dem Trailer „Polizei ist“ vom Kölner Kommissar „Mitch“ Mattern wurde anschließend der öffentliche Teil eröffnet. Der Präsident des Sächsischen Landtages, Dr. Matthias Röbner, dankte

im Namen der Staatsregierung und der Abgeordneten des Landtags der sächsischen Polizei für die geleistete Arbeit bei der Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit im Freistaat. Er hob die Bedeutung der GdP mit ihrer Expertise zur sächsischen Polizei als wichtiger Gesprächspartner hervor.

„Sicherheit verdient Respekt“ bildete auch den Grundtenor des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow, der in seinen Ausführungen an die Delegierten einen weiten Bogen über 25 Jahre Gewerkschaft der Polizei im Rückblick und im Ausblick auf die Zukunft der Polizei spannte.

Landespolizeipräsident Jürgen Georgie thematisierte die aktuellen polizeilichen Ereignisse in Sachsen und die im Gegensatz zur Medienberichterstattung überwiegend positiven Reaktionen der Bürger in den sozialen Medien, gerade auch zur sächsischen Polizei.

Zudem nahmen Abgeordnete des Sächsischen Landtages, der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Gordian Meyer-Plath, sowie Präsidenten und Führungskräfte der sächsischen Polizei und weitere Gäste die Einladung der GdP zur Teilnahme am offiziellen Part des Delegiertentages an.

### „Faule Eier“ und „Luftblasen“

GdP-Landeschef Husgen begrüßte unterdessen Osterhase, Weihnachtsmann und „Bescherkind“, den Ministerpräsidenten sowie den Innenminister (leider nur durch Schauspieler mit Maske dargestellt), die an die vielen Aktionen der GdP erinnerten. Sie streiften durch die Reihen und ließen bei allen Anwesenden noch einmal die Forderungen der GdP der vergangenen Zeit in einer etwas anderen Art und Weise Revue passieren. „Faule Eier“ und „Luftblasen“ anstelle von Weihnachtskugeln wurden in das Gedächtnis zurückgerufen. Einen kleinen Seitenhieb ließ sich der sächsische GdP-Vorsitzende nicht nehmen: „Und diejenigen, die (aus welchen Gründen auch immer) nicht einmal gewillt sind, uns wenigstens nur durch körperliche Präsenz ein klein wenig Respekt zu zollen, werden



## AUS LÄNDERN UND BEZIRKEN

durch uns auch in Zukunft die Chance bekommen, dies nachzuholen. Wir sind ja schließlich nicht nachtragend.“

### Polizeibeschäftigte täglich im Fokus

„Ja“, so Husgen, der dann auf Geckos Song einging, der mittlerweile beim Onlinedienst YouTube über eine halbe Million Mal angeschaut wurde, „die Polizeibeschäftigten sind auch nur Menschen, und da spreche ich selbstverständlich auch über die sächsischen. Wir sind täglich im Fokus. Ich glaube, die letzten Wochen haben dies mehr als bewiesen.“ Momentan hätten alle das Gefühl, dass „uns als Polizisten, als Menschen in Uniform, die ihren Arsch für die innere Sicherheit nicht nur hinhalten sondern auch riskieren, kein Respekt entgegengebracht wird. Egal von welcher Seite – Politik, Medien, Versammlungsteilnehmer, Bürger“.

Husgen betonte: „Sie werden beleidigt, bespuckt, niedergeschlagen...“, heiße es wortwörtlich im Songtext. Dinge, die jeder in der Praxis schon mal erlebt hat, oftmals am eigenen Körper. Doch das reicht ja bei Weitem nicht. Wir werden am Ende auch noch als sächsische Deppen bezeichnet, nach dem Motto: „Solange eine andere Landes- oder die Bundespolizei die Einsätze leitet, ist alles paletti, kommt der erste Sachse – wird alles wieder kaputt gemacht!“

### Mit in den Einsatz fahren

Husgen forderte Vertreter der Medien, aber auch Politiker oder selbsternannte Experten für Extremismus auf, es sich einmal anzutun, „mit unseren Kolleginnen und Kollegen einen Einsatz zu fahren. Dann würden sie erleben, dass der Inhalt des Songs von Chris Gecko alles andere als künstlerische Freiheit ist, sondern das blanke Erleben, manchmal das blanke Entsetzen wiedergibt“.

Mit einem Verweis auf die Rede des Bundesjugendvorsitzenden Kevin Kormolka anlässlich des 50-jährigen Bestehens der JUNGEN GRUPPE (GdP), der sich klar gegen einen Bundeswehreininsatz im Innern, gegen private Sicherheitsdienste, gegen die Kennzeichnung von Polizisten und für mehr „Politiker mit Rückgrat“ aussprach, verlieh Husgen dessen Standpunkt nochmals Nachdruck. Nicht nur in der Politik habe man eine ganze Menge Hausaufgaben zu machen, was Respekt betreffe. Auch die verschiedensten Medien hätten sich – mehr oder weniger – diese Jacke anzuziehen, vor allem, was die Berichterstattung der letzten Wochen betreffe.

### Enorme Herausforderungen

„Die Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf die Polizei im Freistaat zukommen, sind enorm. Nicht nur, weil viele ältere Kolleginnen und

Kollegen aus dem Dienst ausscheiden werden und damit ein enormes Erfahrungswissen verloren geht, sondern auch, weil die Politik noch immer nicht entschieden hat, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft wahrnehmen soll und wie viele Polizisten sie dazu braucht. Und weil die Bezahlung im öffentlichen Dienst attraktiver werden muss, damit er im härter werdenden Kampf um die klügsten Köpfe bestehen kann. Auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel“, sagte Husgen und zog nach zwei Tagen voller engagierter Debatten ein kämpferisches Fazit: „Wir haben eine Menge Beschlüsse gefasst, die den Wegweiser für die kommenden Jahre darstellen werden und unserem Sofortprogramm als Ergänzung dienen. Unsere Ziele sind klar abgesteckt, und wir haben deutlich zum Ausdruck gebracht, welche Aufgaben im Sammelsurium unserer Forderungen Priorität besitzen. Wir wollen, die Nutzung aller Ressourcen, um so schnell wie möglich genügend Personal zur Aufgabenbewältigung zur Verfügung zu haben ohne die Standards an die Polizei weiter herunter zu fahren, wir wollen eine leistungsgerechte Bezahlung nach Dienstposten, genügend ausreichend hoch angesetzte Haushaltsstellen, für unsere Kolleginnen und Kollegen die bestmögliche Ausstattung und die Abkehr von Privatisierungen auf Teufel komm raus!“

**Matthias Büschel, stellvertretender Vorsitzender und Landesredakteur**

Anzeige

**U.T.SEC**  
2017

**UNMANNED  
TECHNOLOGIES &  
SECURITY**

EXPO & CONFERENCE

Nürnberg – Germany  
2. – 3. März 2017

Die **U.T.SEC** bildet als weltweit erste Fachmesse und Konferenz das Zukunftsthema unbemannte Technologien mit Schwerpunkt Sicherheit ab. Profitieren Sie vom nationalen wie internationalen Austausch mit Kollegen, Anwendern, Entwicklern und Meinungsbildnern.

[utsec.de](http://utsec.de)

TERMIN  
VORMERKEN!

NÜRNBERG MESSE

## 50 Jahre GdP-Bundesgeschäftsstelle Hilden

**Das Gewerkschaftshaus Hilden kann in ein paar Wochen auf fünf Jahrzehnte zurückblicken.**

Anfang Januar 1967 zog die Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus der Meliesallee in Düsseldorf-Benrath in das neue Gebäude unweit der Stadtgrenze. Die erste Sitzung des Geschäftsführenden Gewerkschaftsvorstandes fand dann Mitte des Monats in den neuen Räumlichkeiten statt.

Der bislang benutzte Altbau in Benrath hatte sich in den Jahren zuvor als wesentlich zu klein erwiesen. Deshalb war am 14. Dezember 1965 der Grundstein für den Neubau einige Kilometer weiter, auf Hildener Stadtgebiet, gelegt worden.

Weil das Gewerkschaftshaus neben der GdP auch die Betriebe der Wirtschaftsunternehmen beherbergen sollte, zeigte sich bald, dass auch der Neubau nicht genügend Platz bot. So entstand 1972/73 ein Erweiterungsbau. Im ersten Gebäude saßen damit die GdP, die Verlagsanstalt DEUTSCHE POLIZEI GmbH und die Vermögensverwaltungsgesellschaft der GdP, der Anbau bot Platz für die EDV und den Polizeiversicherungsverein a.G., wie die DEUTSCHE POLIZEI damals

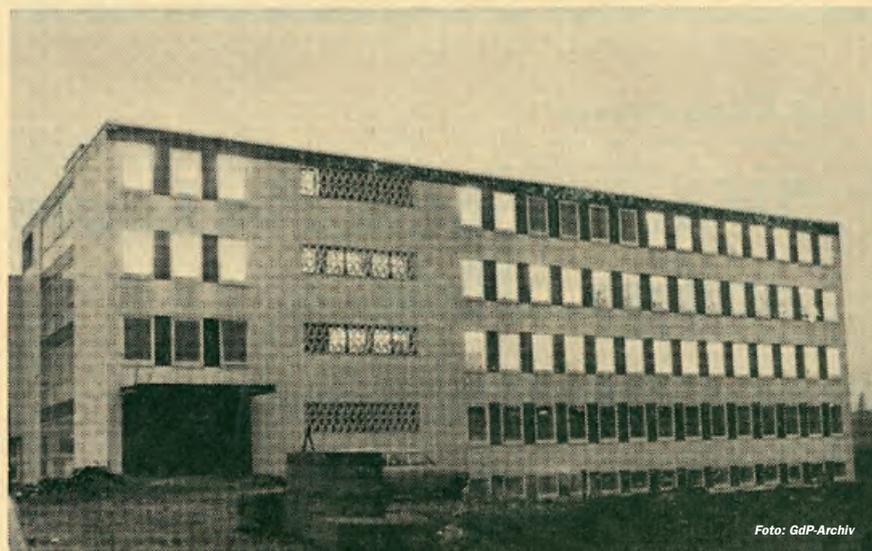
berichtete. Diese räumliche Zusammenlegung habe eine noch engere und kontinuierlichere Zusammenarbeit aller Einrichtungen der GdP mit sich gebracht, hieß es weiter.

Heute beherbergt die „alte“ Bundesgeschäftsstelle unter anderem den Bezirk Bundespolizei. Im April 2002 folgte die GdP im Übrigen dem Umzugstross der Bundesregierung und

eröffnete in Berlin-Moabit ihre Hauptstadtgeschäftsstelle. Nachdem zuerst nur das Büro des Bundesvorsitzenden, die Abteilungen Beamten- und Tarifpolitik sowie die Pressestelle ihre neuen Räumlichkeiten in Besitz nahmen, sind im Laufe der Zeit die meisten der im Hildener Gewerkschaftshaus noch arbeitenden Kolleginnen und Kollegen vom Rhein an die Spree gewechselt.

wsd/mzo/Archiv

### GdP im neuen Haus



## Altersarmut von Frauen stoppen!

**Staat, öffentlicher Dienst und trotzdem von Altersarmut betroffen? Ja! Kindererziehung, Teilzeit und Pflege von Angehörigen, ein tradiertes Familienbild, Beurteilungsnachteile, schlechtere Jobs wegen mangelnder Flexibilität oder fehlende Kinderbetreuungsplätze – auch Polizeibeschäftigte sind von diesem bundesweiten Frauenschicksal bedroht. Mit der Thematik befasste sich deshalb die Arbeitsgruppe (AG) „Vereinbarkeit Beruf und Leben“ der Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Oktober.**

Die AG nahm in Hilden eine Bestandsaufnahme vor: Die veränderte Rentenformel führte zu einem deutlichen Absinken des Rentenniveaus. Lag dieses 2001 noch bei 52,9 Prozent, beträgt es aktuell nur noch 47,7 Prozent und wird voraussichtlich bis 2030 auf 43 Prozent sinken. Das bedeutet,

dass nach 45 Jahren Arbeit (ohne Unterbrechung und ohne Teilzeit) und einem durchschnittlichen Verdienst von aktuell 3.000 Euro brutto die Rente im Jahre 2030 nur noch 1.100 Euro beträgt.

„Unsere Aufgabe ist es, die Kolleginnen und Kollegen auf das sinken-

de Rentenniveau und den möglichen sozialen Abstieg im Alter aufmerksam zu machen“, zog die AG-Leiterin und stellvertretende Bundesfrauenvorsitzende Martina Filla Bilanz. Neben der privaten Vorsorge, die nicht jedem Arbeitnehmer möglich ist, erarbeiteten



### Gewerkschaft der Polizei

die AG-Mitglieder Forderungen an die Tarifvertragsparteien und die Politik:

- Anerkennung der Kindererziehungszeiten für Kinder die vor 1992 geboren wurden mit drei Rentenpunkten





- Finanzierung dieser Rente aus Steuermitteln, da dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist
- Einführung der „Mütterrente“ auch für Beamtinnen
- Einführung eines Pflege-Betreuungsgeldes analog des Elterngeldes
- VBL – keine weitere Erhöhung der Eigenbeteiligung
- Erhöhung des Rentenniveaus
- Rente muss nach 45 Jahren Erwerbstätigkeit über der Grundsicherung liegen
- Pensionsauskünfte sollen künftig analog der Gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen

Neben den Ursachen der Altersarmut suchten die AG-Teilnehmerinnen

(v.l.n.r.) *Martina Filla, Maria Plötz, Sigrid Holschen, Dagmar Hölzl, Gabriele Einkenel, Elke Oswald und Annette Terweide*

Foto: Zielasko

Lösungsansätze. Ein Schwerpunkt liegt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem damit verbundenen Ausbau der Infrastruktur, Telearbeit, Führen in Teilzeit und der Rückkehr aus Teilzeit in eine vollzeitnahe Teilzeit beziehungsweise Vollzeit. Die Vereinbarkeit – auch bei der Pflege von Angehörigen – muss mehr und mehr Firmen- und Behördenphilosophie werden.

Das Ziel der GdP-Frauengruppe ist es, ihre Mitglieder umfassend über das Renten- und Pensionsniveau zu unter-

richten. In einem ersten Schritt werden die Kolleginnen über die Gefahren der Altersarmut bei Frauen informiert. In einem weiteren Schritt werden wir den Personalräten und den Gleichstellungsbeauftragten und Beauftragten für Chancengleichheit Informationen zukommen lassen, mit denen sie die Beschäftigten unabhängig, ob Tarifbeschäftigte oder Beamte, informieren können. In Verbindung mit der Rentenkampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wird sich die GdP-Frauengruppe verstärkt um die Sensibilisierung zum Thema Altersarmut von Kolleginnen kümmern.

Annette Terweide

Anzeige

**UNSER WINTER TRIPPLE VORTEIL**

NOCHMAL VERLÄNGERT BIS ZUM 31.12.16

ITT Ferien Pur

**TRAUMHAFT SPAREN**

Unsere attraktiven Frühbucherermäßigungen für die schönsten Wochen des Jahres!

BIS ZU  
**40%**  
FRÜHBUCHER  
RABATT

BIS ZU  
**42€**  
WOCHE  
EXTRA-TURBO  
BONUS

BIS  
**17**  
JAHRE  
KINDER-  
ERMÄSSIGUNG

**JETZT ONLINE AUF ITT.DE ODER  
IN IHREM REISEBÜRO BUCHEN.**



# Führungskräfte „brennen“ für die GdP

**Das Führungskräfte-Training der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist seit vielen Jahren fester Bestandteil des Seminarprogramms des GdP-Bundesvorstandes. Die aus dem gesamten Bundesgebiet stammenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden dabei nicht nur auf ihre Aufgaben in der ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit vorbereitet, sondern erhalten in drei intensiven Modulen auch das notwendige Rüstzeug, um künftige gewerkschaftliche Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Dabei stehen neben der Vermittlung von Fachwissen neue Ideen und der gewerkschaftliche Austausch über Landesgrenzen hinaus im Mittelpunkt des Seminars.**

Anfang September fand das viertägige zweite Modul des diesjährigen Führungskräfte-Trainings in Potsdam statt. In diesem unter der Leitung von Anke Fabian, einer anerkannten Trainerin für Fach-, Kommunikations- und Führungsthemen, gehaltenen Seminar, vertieften die 18 angereisten Führungskräfte ihr Fach- und Führungswissen und übten das theoretische Erlernete sogleich in Rollenspielen praktisch ein. Fabian schaffte es immer wieder, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Kernprobleme hinzuweisen und die Gruppe auf mögliche Lösungen aufmerksam zu machen.

## Auch unbequeme Themen beleuchtet

Zur Freude aller ließ es sich der Bundesvorsitzende nicht nehmen, die Gruppe in Potsdam zu besuchen und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Rede und Antwort zu stehen. Da bereits im Vorfeld untereinander über mögliche Verbesserungen innerhalb der GdP diskutiert wurde, hatten sie am dritten Seminartag jetzt die Möglichkeit, Oliver Malchow mit ihren Fragen und Ideen zu „löchern“. Dieser nahm sich die Zeit und beantwortete die an ihn gerichteten Fragen ausführlich. Dabei scheute er sich nicht, auch unbequeme Themen zu beleuchten und die Anwesenden direkt auf Verbesserungsvorschläge anzusprechen.

Auf die mediale Präsenz der GdP angesprochen, betonte Malchow, dass die bewährte Sachlichkeit der GdP nicht nur in der politischen Auseinandersetzung, sondern auch für die mediale Berichterstattung in Funk und Fernsehen gilt. Für eine fundierte und sachliche Auseinandersetzung stünden er und sein Team jederzeit zur Verfügung, jedoch nicht für populistische Äußerungen, Wichtigtuerei und reine Mei-

nungsmache. Dass gerade deswegen die GdP auch ein gefragter Gesprächspartner der Medien ist, verdeutlichte er am Beispiel der Berichterstattung zum Amoklauf in einem Münchner Einkaufshaus.

## Äußerst informativ

Das Bedürfnis nach einer eigenen funktionellen GdP-App für den Streifen- und Einsatzdienst wurde im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden ebenfalls deutlich. Zum aktuellen Stand

## Gewerkschaftliche Bildung

Die GdP bietet zahlreiche Bildungsveranstaltungen in den Landesbezirken und Bezirken sowie auf Bundesebene an. René Klemmer aus dem Landesbezirk Rheinland-Pfalz ist Tarifbeschäftigter und stellt immer wieder fest: „Die Tarifbeschäftigten nehmen das Bildungsangebot der GdP zu selten war.“ Die GdP bietet ein breites Spektrum an Seminaren und Veranstaltungen, die eine Vielzahl persönlicher und beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten bieten, von denen viel mehr Tarifbeschäftigte profitieren könnten.



Die diesjährigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Führungskräfte-Trainings freuen sich über den Besuch des GdP-Bundesvorsitzenden (5.v.l.). Foto: Anke Fabian



## BILDUNG



Der Rheinland-Pfälzer René Klemmer (r.) und der Baden-Württemberger Andreas Heck-Erb (l.) im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden. Foto: Anke Fabian

der GdP-Tools-App befragt, stellte Malchow die nächsten Entwicklungsschritte vor, benannte einige Herausforderungen, die zu bewältigen waren und zeigte Verständnis beim Wunsch nach schnellerer Verfügbarkeit weiterer Module (siehe Seite 27).

Auch der zweite Teil des Führungskräftetrainings erwies sich erneut als äußerst informative, aber auch intensive und vielfältige Veranstaltung. Der Besuch des Bundesvorsitzenden rundete ein insgesamt sehr gelungenes Seminar ab und alle Beteiligten brennen darauf, sich auch weiterhin für die GdP und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

René Klemmer

Mehr Informationen  
zu den GdP-Apps auf  
[gdp.de](http://gdp.de)



Anzeige

**IWA**  
**OUTDOOR CLASSICS 2017**  
High performance in target sports, nature activities, protecting people

3. – 6.3.2017  
Nürnberg, Germany

[www.iwa.info](http://www.iwa.info)

1. – 2.3.2017  
NÜRNBERG, GERMANY  
49° 25' 2" N, 11° 6' 54" O

**ENFORCE TAC**  
International Exhibition & Conference  
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions

[enforcetac.com](http://enforcetac.com)

Personen unter 18 Jahren sowie Privatpersonen haben keinen Zutritt. Legitimation erforderlich.

NÜRNBERG MESSE



# „Wir leben nicht mehr in einer Tauschwirtschaft“

**Die Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann kritisiert in ihrem neuen Buch das Versagen der vorherrschenden ökonomischen Theorien. Sie beschreibt die gesellschaftlichen Folgen, von Finanzkrisen bis zum Investitionsstau der öffentlichen Hand, der auch im Bereich der Polizei spürbar ist. Mit der Autorin sprach Journalist Thomas Gesterkamp für DEUTSCHE POLIZEI (DP).**

**Thomas Gesterkamp: Frau Herrmann, was können heutige Leser von ökonomischen Klassikern wie Smith, Marx und Keynes lernen?**

**Ulrike Herrmann:** Das Wesentliche. Alle drei Ökonomen haben gesehen, dass der Kapitalismus ein dynamisches System ist, das global ist, auf Technik beruht und nicht an den eigenen Landesgrenzen halt macht. Alle drei haben beschrieben, dass Machtfragen wichtig sind. Smith hat als erster Ökonom erkannt, dass Unternehmer und Angestellte zwei verschiedene Klassen sind. Marx hat herausgearbeitet, wie bedeutsam die Technik ist – und dass sie automatisch dazu führt, dass am Ende nur noch Großkonzerne übrig bleiben. Keynes hat dann die Finanzmärkte und die Spekulation ins Zentrum gerückt.

**Gesterkamp: Was stört Sie an der sogenannten Neoklassik?**

**Herrmann:** Die Neoklassik dominiert heute alle Lehrstühle. Leider tut dieser Ansatz so, als würden wir in einer fiktiven Tauschwirtschaft wie im Mittelalter leben. Das ist kein Witz. Großkonzerne, Maschinen, Investitionen oder Kredite spielen in dieser Theorie keine zentrale Rolle. Selbst Gewinne und Geld fehlen. Stattdessen wird in den Modellen angenommen, dass wir jeder wie Robinson Crusoe allein auf einer einsamen Insel leben würden.

**Gesterkamp: Wo sehen Sie die besonderen Verdienste von Adam Smith?**

**Herrmann:** Smith hat die moderne Volkswirtschaftslehre begründet. Vor ihm gab es vor allem die „Hausväterliteratur“: In Ratgebern wurde alles abgehandelt, was ein männlicher Familienvorstand wissen musste – von der Viehzucht bis zur Kindererziehung. Adam Smiths Klassiker „Der Wohlstand der Nationen“ von 1776 bedeutete eine gedankliche Revolution. Zum ersten Mal wurde die Wirtschaft als ein eigenes Themengebiet verstanden. Zudem hat Smith schon damals jene Fragen ge-

stellt, die noch heute wichtig sind: Wie entsteht Wachstum? Warum sind die Arbeiter arm und die Unternehmer reich? Welche Rolle spielt die Ausbeutung in den Kolonien und bei der Sklaverei? Ist die Globalisierung eine Gefahr? Auch seine Antworten sind bis heute aktuell: So hat Smith bereits vor 250 Jahren ganz klar erkannt, dass es nichts mit der Intelligenz oder „Leistung“ des Einzelnen zu tun hat, ob jemand Arbeiter, Philosoph oder Unternehmer wird – sondern dass die Herkunft entscheidet. Daher war er für eine progressive Einkommensteuer und eine allgemeine Schulpflicht, was damals revolutionär war und erst hundert Jahre später eingeführt wurde. Smith wird von den Neoliberalen gern als ihr Stammvater betrachtet, aber das ist ein völliges Missverständnis. Würde Smith heute leben, wäre er wahrscheinlich Sozialdemokrat.

**Gesterkamp: Was sind die Verdienste von Karl Marx?**

**Herrmann:** Wie kein anderer Ökonom hat Marx konsequent in dialektischen Prozessen gedacht. Er hat also die Dynamiken und auch die Paradoxien des Kapitalismus genau auf den Punkt gebracht. Dazu gehört etwa die Erkenntnis, dass es mitten im Überfluss periodisch zu Krisen kommt. Oder dass der Wettbewerb notwendig im Oligopol endet, sich also selbst abschafft – weil jede Firma solange ihre Produktion vergrößert, bis nur noch wenige Großkonzerne übrig bleiben, die dann ihre Branchen beherrschen.

Der Kapitalismus ist also gerade keine „Marktwirtschaft“, in der viele kleine Firmen miteinander konkurrieren. Marx hat auch als Erster klar beschrieben, dass es den Besitz per se nicht gibt, sondern dass das Vermögen nur erhalten bleibt, wenn ständig investiert wird. Zudem hat er verstanden, wie entscheidend die Technik ist. Maschinen sind nicht nur Hilfsmittel der Produktion, sondern technische Innovationen definieren den Kapitalismus.

„Schon Keynes wollte das ‘Finanzkasino’ schließen“

**Gesterkamp: Und die Verdienste von John Maynard Keynes?**

**Herrmann:** Keynes hat das Geld in die Ökonomie integriert. Bis dahin galt das Geld als „neutral“; es wurde angenommen, dass es wie ein „Schleier“ über der Wirtschaft liegen würde. Erst



**Ulrike Herrmann ist Wirtschaftskorrespondentin bei der Tageszeitung (taz). Sie ist ausgebildete Bankkauffrau und studierte Geschichte und Philosophie. Foto: privat**

Keynes hat gezeigt, dass das Geld zwar „aus dem Nichts“ entsteht, das es aber trotzdem die treibende Kraft ist. Denn im heutigen Kapitalismus wird an den Finanzmärkten entschieden, ob es sich lohnt, in „echte“ Firmen zu investieren – oder ob es sich stärker rentiert, einfach nur zu spekulieren. Keynes war übrigens dafür, das „Finanzkasino“ (der Begriff stammt auch von ihm) wieder zu schließen. Zudem hat Keynes ein völlig neues Fach innerhalb der Volkswirtschaftslehre erfunden – die sogenannte „Makroökonomie“. Er entdeckte, dass

Weiter auf Seite 21



die Gesamtwirtschaft mehr ist als nur die Summe ihrer Teile. Er interessierte sich daher nicht für den einzelnen Haushalt oder das einzelne Unternehmen – sondern konzentrierte sich auf „Gesamtaggregate“ wie Investitionen oder Konsumausgaben. Dies führte dann auch zum „Bruttoinlandsprodukt“, heute die wichtigste Zahl in der Ökonomie, die ebenfalls eine Erfindung von Keynes ist.

**Gesterkamp: Der Titel Ihres Buches „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung“ klingt verwirrend. Was ist denn die Lösung?**

**Herrmann:** Der Titel ist ironisch gemeint und zielt auf die Mainstream-Ökonomie, die den Kapitalismus ignoriert und sich in die heile Welt der Wochenmärkte zurückzieht, wo Äpfel und Birnen getauscht werden. Das ist nicht nur absurd, sondern enorm teuer. Die letzte Finanzkrise hat weltweit Billionen gekostet. Dieser Crash wurde nur möglich, weil Krisen in der Neoklassik nicht vorkommen. Daher muss man zu Smith, Marx und Keynes zurückkehren, wenn man verstehen will, wie der real existierende Kapitalismus funktioniert.

„Die Ökonomie ist keine Naturwissenschaft“

**Gesterkamp: Wenn die Defizite dieser Theorie so offensichtlich sind – wieso hat sie sich dennoch durchgesetzt?**

**Herrmann:** Diese Theorie eignet sich hervorragend für mathematische Modelle. So wird der Eindruck erzeugt, die Ökonomie wäre eine Naturwissenschaft wie die Physik. Dies entsorgt dann das leidige Thema namens „Macht“. Plötz-

lich ist es keine politische Frage mehr, warum einige reich und viele arm sind. Die Ungleichheit wird zu einem angeblichen Naturgesetz erhoben, an dem sich nichts ändern lässt. Keynes war promovierter Mathematiker, trotzdem hat er immer davor gewarnt, die Ökonomie in mathematische Modelle zu pressen. Denn damit wird eine Präzision suggeriert, die es nicht gibt. In der Physik kann man die Flugbahn eines Balles genau berechnen. Aber so etwas gibt es in der Ökonomie nicht: Weder kann man künftige Ereignisse vorhersagen – noch weiß man hinterher mit absoluter Sicherheit, wie es beispielsweise zu Krisen gekommen ist.

**Gesterkamp: Was sind die gesellschaftlichen Folgen unzureichender ökonomischer Theorien?**

**Herrmann:** Vorweg: In der Ökonomie kann es keine absolute „Wahrheit“ geben. Der Kapitalismus entwickelt sich so rasant, dass jede Generation ihre eigene Wirtschaftswissenschaft entwickeln muss. Trotzdem ist eines ganz sicher: Wir leben nicht in einer neoklassischen Tauschwirtschaft. Leider dominieren die Neoklassiker aber alle Expertengremien, die die Regierungen beraten. Das Ergebnis sind dann schwere Finanzkrisen, die sehr teuer sind. Aber auch die Angestellten werden immer wieder zu Opfern dieser falschen Theorie: Die Neoklassiker raten nämlich



**Ulrike Herrmann: Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Die Krise der heutigen Ökonomie oder: Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können. Westend Verlag, Frankfurt 2016, 288 Seiten, 18 Euro, ISBN: 978-3864891410**

permanent dazu, die Löhne zu senken. Was übrigens auffällt: Auf sich selbst wenden sie ihre Theorie niemals an. Noch nie hat man davon gehört, dass ein Wirtschaftsprofessor der Meinung wäre, dass er und seine Kollegen weniger verdienen sollten. Dieses Missverhältnis hat schon Keynes geärgert: Er hat sich mehrfach darüber lustig gemacht, dass seine Kollegen gern Opfer von der Arbeiterklasse verlangten – selbst aber sehr bequem auf ihren Dozentenstühlen saßen.

**Gesterkamp: In den öffentlichen Haushaltsberatungen ist ständig von der „Schwarzen Null“ die Rede – obwohl es einen gewaltigen Investitionsstau im Bereich von Infrastruktur und innerer Sicherheit gibt. Sind auch unsere Finanzpolitiker falsch beraten?**

**Herrmann:** Absolut. Ohne Investitionen kann es kein Wachstum geben. Deutschland lebt davon, Hochtechnologie zu exportieren. Doch sowohl die privaten Unternehmen wie der Staat investieren viel zu wenig in Forschung. Zudem ist es absurd, die „Schwarze Null“ absolut zu setzen. Momentan sind die Kreditzinsen für den Staat negativ. Der Finanzminister bekommt also noch Geld geschenkt, wenn er Schulden macht.

**Gesterkamp: Vielen Dank für das Gespräch.**

Anzeige

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

**Wir helfen denen, die helfen...**

**Habichtswald-Klinik**  
 Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestaltungstherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger: Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



# Wo geht die Reise hin?

## Privatisierung und Ausgliederung von Verwaltungsaufgaben bei der Bundespolizei

**Der Tariffbereich der Bundespolizei hat in den vergangenen 20 Jahren circa 2.000 Stellen durch Stelleneinsparungen verloren. Wo steht die Bundespolizei angesichts der bisher ausgegliederten und privatisierten Verwaltungsaufgaben, und: Wie ist es um diese Aufgabenfelder wirklich bestellt? Sind die vollmundigen Einsparankündigungen bei angeblich gleichbleibender Qualität tatsächlich erreicht worden? Eine Bilanz.**

In der vom Bundesinnenministerium (BMI) und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) geschlossenen Dachvereinbarung heißt es in Paragraph 8 (Sonderregelungen für Bundespolizei) zur Ausgliederung der Liegenschaftsbezogenen Aufgaben, dass diese erfolgen können, „so weit die dienstlichen Obliegenheiten dies zulassen“. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Immer dann, wenn die dienstlichen Obliegenheiten gewahrt bleiben müssen, ist eine Ausgliederung oder Privatisierung eben nicht möglich. Es gibt also keinen Zwang zur Ausgliederung. Privatisierung ist weder „alternativlos“ noch „gottgegeben“!

**Beispiele für Arbeitsfelder, die von der Ausgliederungs- und Privatisierungsdiskussion betroffen beziehungsweise darunter gefasst werden:**

Allen voran die Ausgliederung der liegenschaftsbezogenen Aufgaben an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Anfänglich mochte man noch darüber schmunzeln, dass die Bundespolizei Miete für die vorher eigenen Unterkünfte an die BImA zahlen muss, und alle zusätzlichen On-Top-Leistungen jedweder Art von dort teuer zugekauft werden müssen. Die Zusammenarbeit spielte sich inzwischen einigmaßen ein.

Festzustellen bleibt, dass der Arbeitsaufwand immer noch wesentlich höher ist als zuvor. Einsparpotenziale sind nicht erkennbar. Vieles versinkt im Zuständigkeitsgerangel, in unsinniger Verwaltungsarbeit und auf unnötigen Mehrfachkommunikationswegen. Auch Organisationsbegrenzungen und Zuständigkeiten

sind nicht richtig beschrieben: Wer übernimmt zum Beispiel die jährlich wiederkehrenden Überprüfungen von elektrischen Gerätschaften? Dass die Organisation und Arbeit überhaupt noch läuft, ist dem persönlichen Einsatz der unserer im Rahmen der Personalgestellung zur BImA verlagerten Kolleginnen und Kollegen zu verdanken. Die bestehenden Strukturen und Arbeitsabläufe sind eher kontraproduktiv. Fakt ist: Die Leistung, die die BImA für die Bundespolizei erbringt, ist mit der der ehemals eigenen Verwaltung qualitativ nicht zu vergleichen. Zahlt sich die Übertragung der liegenschaftsbezogenen Aufgaben im Bundeshaushalt fiskalisch für die Bundespolizei wirklich aus? Dies ist durch Kosten- und Leistungsrechnung nicht belegt. Die vorliegenden Zahlen dazu sind nebulös.

**Wie sieht es aus mit der Privatisierung der Gebäudereinigung?**

Deutlich wird, dass die Vergabe der Reinigungsleistung an Gebäudereinigungsfirmen der freien Wirtschaft mit großen Qualitätseinbußen für den Nutzer einhergeht. Zudem stellt sich die Frage, wie es um die Datensicherheit bei Verschlussachen (VS-NfD) bestellt ist, wenn von den Privatfirmen Ersatzpersonal anstelle des bereits sicherheitsüberprüften Personals eingesetzt wird. Diese Fälle sind keine Seltenheit. Hinzu kommt, dass diese Reinigungsfirmen, um wettbewerbsfähig zu sein und bei entsprechenden Leistungsausschreibungen obsiegen zu können, Löhne zahlen, die sich mit neun bis zehn Euro brutto nur knapp oberhalb des Mindestlohnes bewegen. Leistungslücken werden oft durch 450-Euro-Kräfte abgedeckt. Weiterhin sind die Arbeitsbereiche der Beschäftigten so umfangreich zugeschnitten,

dass sie diese in der vorgegebenen Zeit unmöglich optimal reinigen können. Das ist ein Aushöhlen der bestehenden Lohnvereinbarung und einer nach außen verkauften Beschäftigung gemäß dem Tariftreuegesetz. In keinem anderen privatisierten Bereich wird deutlicher, dass dies nicht im Sinne des Arbeitgebers Bund sein kann und darf.

**Wie sieht es weiter aus mit der Privatisierung der Wach- und Sicherungsaufgaben eigener Einrichtungen?**

Vor einigen Jahren wurde aufgrund pauschaler Stelleneinsparungen entschieden, die Sicherungswachen der Bundespolizei schrittweise an private Sicherheitsunternehmen zu vergeben und eigene Pförtner- und Wächterstellen einzusparen. Die Privatisierung der eigenen gesetzlichen Polizeiaufgabe nach Paragraph 1 Bundespolizeigesetz (BPolG) ist mehr als umstritten, weil sie nicht etwa aus Sachgründen, sondern ausschließlich unter den damals auferlegten Sparzwängen erfolgte. Im Ergebnis kommt es zu einer fortschreitenden Privatisierung der Aufgabe, die von Sicherheits- und Wachfirmen der freien Wirtschaft wahrgenommen wird.

Auch hier wird nach Augenschein das Personal mit Löhnen knapp über dem Mindestlohn bezahlt. Entsprechend hoch ist die dortige Personalfuktuation, was wiederum zur Folge hat, dass vermehrt auf die Leistung von 450-Euro-Kräften zurückgegriffen wird. Diese Mitarbeiter sind meist wenig oder gar nicht mit den komplexen Gegebenheiten vor Ort vertraut wie der Brandmeldezentrale, Telefonvermittlung, Sicherheitsschleifen, Schlüsselausgabe oder der jeweiligen Empfangs- und Rezeptionstätigkeit.

Als weiteren Punkt kristallisiert sich die aktuelle allgemeine Gefährdungslage eigener Einrichtungen, die Zunahme von Anschlägen auf Liegenschaften und Kraftfahrzeuge der Bundespolizei heraus. Und die Frage, wie sieht es denn mit einer entsprechenden Bewaffnung und Ausbildung dieser Wach-



dienste und der Kompatibilität mit polizeilichem Handeln aus? Gerade in einer vertrauensvollen – im wahrsten Sinne – Schlüsselposition mit Treueverhältnis zum Arbeitgeber Bundespolizei sind private Wachdienste weder vertretbar noch angebracht. Vor dem Hintergrund eines massiven Personalzugewinns im Vollzugsbereich der Bundespolizei und dem damit verbundenen Schaffen weiterer Aus- und Fortbildungszentren ist gerade jetzt die Frage der Sicherung eigener Einrichtungen durch Privatisierung fehlgeleitet und nicht nachvollziehbar. Hier braucht es dringend eine Umkehr!

Der Katalog der bereits privatisierten wie ausgliederten Bereiche ließe sich noch um die vielfach diskutierte Frage der Vergabe der Luftsicherheitskontrolle (Personen und Fracht) durch eigene Luftsicherheitsassistenten beziehungsweise den Fluggastkontrolldienst (FKD) erweitern. Diese Tätigkeiten sind bis auf einige wenige Stellen bereits der Privatisierung zum Opfer gefallen. Man möchte sich nicht vorstellen, wenn diese hochsensible Tätigkeit ausschließlich privaten Sicherheitsdiensten vorbehalten bliebe. Diese Aufgaben müssen im Fokus bleiben und – nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht – erneut überprüft werden. Die GdP Bundespolizei engagiert sich seit geraumer Zeit massiv, diese Aufgabe wieder zurück in die öffentliche Hand zu bekommen.

Die Krone setzt dem Ganzen das erfolgte Ausgliedern der Lohn- und Bezügeberechnung zum Bundesverwaltungsamt (BVA) auf. Immer wie-

der wird die Zahlung von Zulagen (unständige Bezüge) nicht zeitgerecht angewiesen beziehungsweise berechnet. Zum Beispiel für die Zahlungen von Wechselschicht- und Schichtzulagen (DuZ), Zulagen für Arbeiten am Samstag, Sonn- und Feiertagen, Erschwernis- und Pauschalzulagen, aber auch bei der Nachzahlung von Tarifierhöhungen. Kolleginnen und Kollegen müssen bis zu einem halben Jahr auf ihr Geld warten, das ihnen schon lange zusteht.

Außerdem werden die Beschäftigten mit etwaigen Fragen zu ihren Gehaltsbestandteilen wie auch zur Eingruppierung oder Sozialversicherung allein gelassen und können vor Ort entweder gar nicht oder nicht ausreichend beraten werden. Es fehlt hier nicht nur einfach an der nötigen Kommunikationsmöglichkeit zwischen Arbeitnehmer, Dienststelle und Bundesverwaltungsamt, sondern entscheidend auch an Verständnis und Einfühlungsvermögen gegenüber den Beschäftigten. Da diese Problematik mehrheitlich Kolleginnen und Kollegen mit ohnehin kleinen Gehältern betrifft, ist dies ein unhaltbarer, zutiefst ungerechter Zustand.

## Welche Schlüsse ziehen wir aus den bisherigen Aufgabenabschichtungen in der Bundespolizei?

Eine Personalpolitik, die sich ausschließlich am roten Stift orientiert,

bei der sicherheitspolitische Entscheidungen in den Hintergrund treten, ist sozial und gewerkschaftspolitisch keinesfalls hinnehmbar! Man kann objektiv festhalten, dass die zu erbringende Leistung der Privatanbieter für die öffentliche Hand und deren Beschäftigte deutlich schlechter geworden ist. Für die Beschäftigten selbst sind sie oft mit schlecht entlohten und prekären Arbeitsverhältnissen verbunden. Mit solch einer Politik werden die Menschen unter der Verantwortung des Staates in die vieldiskutierte Altersarmut getrieben!

Mehr noch als betriebswirtschaftliche Zahlentürme und die daraus resultierenden, teils wirklichkeitsfremden Erkenntnisse und Entscheidungen müssen endlich wieder die zu erbringende Leistung und die arbeitenden Menschen im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Sie sind es, die diese Aufgaben seit Gründung der Organisation im Jahre 1951 wahrnehmen. Und wo bleibt die Wertschätzung gegenüber unseren tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen? Wo bleibt der nötige Respekt, für eine zum Teil jahrzehntelange Tätigkeit für die Organisation Bundespolizei und vormals den Bundesgrenzschutz?

Für eine echte Entlastung der Polizeivollzugsbeamten von vollzugsfremden Aufgaben brauchen wir bundespolizeieigene tarifbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen Personal mit einem entsprechenden Treueverhältnis zum Arbeitgeber Bundespolizei.

**Rüdiger Maas**

## Reise & Erholung



**Action mit wasser·c·raft in Tirol**

**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyontour €/Person 118,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at

**Franken bei Bamberg**, eigene Metzgerei.  
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,  
HP 5 Tage ab 178,- €. Gruppenangebote anfordern.  
Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

**Bayerischer Wald**, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

[www.Polizeifeste.de](http://www.Polizeifeste.de)

**Alle Polizeifeste auf einem Blick**



**WITTELSBACH**  
DAS KURHOTEL MIT DER ADLIGEN SEELE  
★★★★

Kurhotel Wittelsbach Betriebs GmbH  
Beethovenstraße 8 · 94072 Bad Füssing  
Tel.: + 49(0)8531/95 20 · Fax: + 49(0)8531/22256  
info@kurhotel-wittelsbach.de  
[www.kurhotel-wittelsbach.de](http://www.kurhotel-wittelsbach.de)



**www.PolizeiDeinPartner.de**

**JETZT INFORMIEREN!**  
Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Erkenntnis der Polizei  
Das Präventionsportal



## NACHLESE 50 JAHRE JUNGE GRUPPE (GdP)

Eine fotografische Nachlese der Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der JUNGEN GRUPPE (GdP) rundet die Berichterstattung in den Ausgaben Oktober und November von DEUTSCHE POLIZEI (DP) ab. Ehemalige und Aktive hatten sich Mitte Oktober in Berlin getroffen, um Erreichtes zu würdigen und Kommendes zu erörtern.



Beste Stimmung gemäß des festlichen Anlasses: Die aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten KollegInnen und Kollegen der JUNGEN GRUPPE (GdP) folgen der Veranstaltung mit großem Interesse.



Selbst viele Jahre in der JUNGEN GRUPPE (GdP) aktiv gewesen und inzwischen stellvertretender Bundesvorsitzender: Dietmar Schilff bei seiner Begrüßungsrede am zweiten Tag.



Die Moderatorin der Veranstaltung, Christiane Poertgen, umrahmt vom GdP-Bundesvorsitzenden, Oliver Malchow, und dem Bundesjugendvorsitzenden der JUNGEN GRUPPE (GdP), Kevin Komolka (l.).  
Fotos: GdP/Hagen Immel

## NACHLESE 50 JAHRE JUNGE GRUPPE (GdP)



**Gerd Diefenthaler, erster Bundesjugendvorsitzender mit zwei Amtszeiten (1982 bis 1990) und Sabrina Kunz, die als erste Bundesjugendvorsitzende von 2010 bis 2014 amtierte.**



**Ehemalige Bundesjugendvorsitzende im Gespräch: (l.) Wolf-Dieter Hobbie (1979 bis 1982), Klaus Steffenhagen (1976 bis 1979) und (r.) Gerd Niehoff (1970 bis 1973).**



**Caren Marks, parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, begrüßte die Gäste auch im Namen von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig.**



**Der ehemalige Bundesjugendvorsitzende, Sascha Göritz, berichtete über seine Amtszeit von 2002 bis 2010.**

**Generationen im Dialog: Heiner Bartling, ehemaliger Innenminister Niedersachsens, und der stellvertretende Bundesjugendvorsitzende, Ramin Kalali (rechtes Bild), diskutierten über aktuelle und zukünftige Herausforderungen der jungen Generationen. Fotos: GdP/Hagen Immel**



# ALLGEMEINES POLIZEI- UND ORDNUNGSRECHT FÜR BERLIN

## Kommentar

Von **Michael Knappe** und **Sabrina Schönrock**.



11. Auflage 2016

**Umfang:** 1088 Seiten

**Format:** DIN A 5, Hardcover

**Preis:** 69,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0772-7

Das Polizei- und Ordnungsrecht ist Rechtsgrundlage für den Zweig der Öffentlichen Verwaltung, der sich mit der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung befasst. Es enthält die Rechtssätze (Befugnisnormen), nach denen die Polizei und die Ordnungsbehörden hoheitlich tätig werden. Zugleich regelt es deren Aufgaben und Zuständigkeiten sowie die Erhebung und weitere Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Behörden wie auch die Inanspruchnahme und Entschädigungsansprüche von Personen.

Dieses Studienbuch kommentiert eingehend die einzelnen Vorschriften des ASOG Bln. Es enthält ferner die so wichtigen gesetzliche Verknüpfungen zur StPO, zum VersG, UZwG Bln und BlnDSG. Einleitend ist der Kommentierung der Vorschriften ein Überblick über Ursprung und Entwicklung der Polizei- und Ordnungsverwaltung mit unverzichtbaren Rechtsbezügen vorangestellt.



### DIE AUTOREN

**Prof. Michael Knappe**, Direktor beim Polizeipräsidenten a. D. Honorarprofessor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

**Prof. Dr. Sabrina Schönrock**, Professorin für Öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# Arbeitshilfe zum Aufbau eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements

**Eine künftige Handlungshilfe „Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) in der Polizei“ bildete zum Abschluss des letzten Arbeitsschutzsymposiums der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende März 2015 in Potsdam (siehe DEUTSCHE POLIZEI 5/15) den Schwerpunkt der dort vorgestellten Arbeitskreisergebnisse. Nun ist das Papier fertig geworden und kann auf der GdP-Homepage unter dem Reiter „Infothek/Broschüren“ als pdf-Download abgerufen werden. Den GdP-Landesbezirken und -Bezirken steht das Papier seit Anfang November zur Verfügung.**

Unter der Leitung des rheinland-pfälzischen Kollegen Bernd Becker, assistiert von seinen Co-Referentinnen und Referenten Mathias Lomb, Fachsekretär Gute Arbeit und Demographie der IG Bergbau-Chemie-Energie (IG BCE) in Mainz, und Dr. Nadine Pieck, Diplom-Sozialwissenschaftlerin am Institut für interdisziplinäre Arbeitswissenschaften der Leibniz Universität Hannover, war das Team dem Auftrag der GdP-Arbeitsschutzexperten nachgekommen und hatte die Grundlage für ein „BGM in der Polizei“ erarbeitet. Becker hatte die im Verlauf der Diskussion geäußerten Gedanken systematisch zusammenfasst, so dass ein fortgeschriebenes Konzept entstand.

Dieses wurde von der GdP-Kommission „Arbeitsschutz“ im Nachgang ergänzt und angepasst. Danach hatten die Landesbezirke und Personengruppen noch die Möglichkeit, ihre Sichtweise einzubringen – was zumindest die Bundes-Frauengruppe sehr ausführlich tat.

Am Ende steht eine Handlungshilfe, die Hinweise zur Einrichtung eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Polizei gibt, ohne den Anspruch zu erheben, dass der aufgezeigte Weg der einzige sei, um das Ziel zu erreichen. Vielmehr will das Papier Anregungen und Hinweise auf Verfahren, Modelle et cetera ge-



ben, die in einem solchen System Sinn machen. Somit dient es als Hilfe und Gedankenstütze für diejenigen, die es zur Aufgabe haben, an einem solchen Projekt mitzuwirken.

hjm

## SERVICE

# Neues Schichtkalender-Modul in der App „GdP-Tools“

**Nach nur achtmonatiger Entwicklungsdauer hat die für dieses Projekt zuständige Fachabteilung der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Zusammenarbeit mit dem Berliner Unternehmen App3null GmbH ein weiteres Modul in die GdP-Tools eingestellt. Es steht in den Stores von Apple und Google zum Download bereit.**

Das Schichtkalender-Modul läuft derzeit noch auf den Betriebssystem-Plattformen iOS (Apple) und Android (LG, Samsung, HTC und andere Her-

steller) als „gereifte“ Beta-Version, weil den Nutzern die Gelegenheit geben werden soll, konstruktive Ideen und Anregungen einzubringen.

### Zahlreiche Features

Das Modul besteht aus zwei Komponenten – einem vollwertigen elektronischen Kalender mit zahlreichen Bearbeitungs-Features sowie einer darauf aufgesetzten Schicht-Applikation, mit der ein Nutzer seine individuellen Dienstsichten mit einer Dauer von bis zu 42 Tagen selbst gestalten kann.

Kern der Schicht-Applikation ist ein intelligenter Zyklen-Generator. Das

heißt, der Nutzer muss lediglich einmal einen kompletten Schichtzyklus eingeben. Das Programm setzt diesen in der Folge vom angegebenen Start-Tag bis zum ebenfalls programmierbaren Endtermin lückenlos um. Die Schicht kann in selbst angelegten Kalendern veröffentlicht werden. Diese sind ebenso wie die Schicht selbst an- und abschaltbar. Die Schichten sind editierbar, falls sie ganz oder teilweise, zum Beispiel wegen Urlaub oder Zeitausgleich, entfallen sollen.

Die Entwicklerfirma arbeitet derzeit an der Synchronisation der Plattformen untereinander, so am Einbau einer Rechenoption für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) oder Mehrarbeit,



# KRIMINOLOGIE

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages** und **Ines Zeitner**.



3. Auflage 2016

**Umfang:** 392 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0771-0

Dieses Fachbuch behandelt alle wesentlichen theoretischen Inhalte des Studienfaches Kriminologie, die für die Fachhochschulausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes vorgesehen sind. Aufbau und Gliederung des Werks sind eng an die Lehrpläne angelehnt, wie sie bundesweit eingesetzt werden.

Der erste Teil des Buches bietet zunächst einen Überblick über wesentliche Grundlagen der Kriminologie und stellt dabei insbesondere die polizeiliche Aufgabenbewältigung anwendungsbezogener Kriminologie in den Mittelpunkt. Eine Einführung in die Bedeutung und Methodik kriminologisch-kriminalistischer Kriminalitätsanalysen leitet den zweiten Teil des Buches ein, der in Deliktsanalysen systematisch zahlreiche Einzeldelikte in der in Lehre und Praxis angewendeten schematisierten Form darstellt.

Für diese Neuauflage wurde der Inhalt des Buches von den Autoren überarbeitet und aktualisiert sowie die Systematik der Deliktsanalyse neben der „Phänomenologie“ und „Ätiologie“ um den Gliederungspunkt „Kriminalitätskontrolle“ erweitert. Fallrepetitorien erleichtern dem Leser den Transfer von der Theorie zur Praxis und bilden damit eine wertvolle Hilfestellung für die Prüfungsvorbereitung.



## DIE AUTOREN

**Horst Clages**, Leitender Kriminaldirektor a.D. und Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

**Ines Zeitner**, Kriminaloberrätin, Dozentin für Kriminalwissenschaften und Berufsreflexion an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

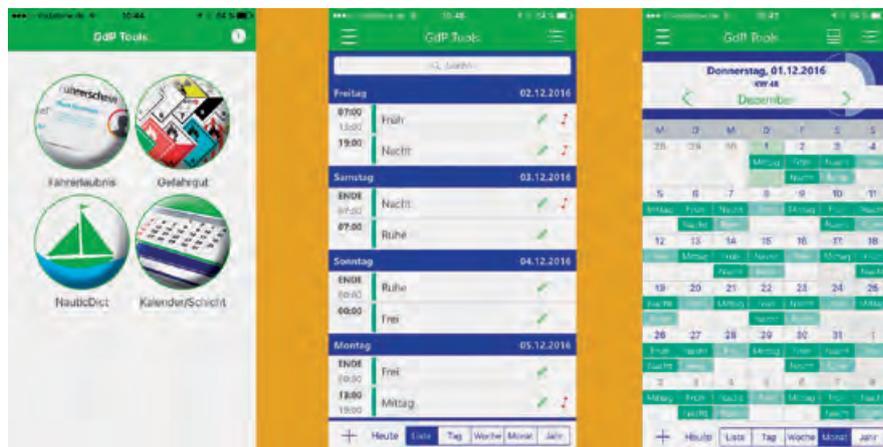
was in der Endausbaustufe zum Jahreswechsel zur Verfügung stehen soll.

**Support über gdp.de**

Ab Januar steht auch auf der Homepage der GdP eine Support-Seite für die App zur Verfügung. Sie ist dann über die Schaltfläche „Infothek – GdP-Apps-Support“ im Kopf-Menüebalken zu erreichen.

Ab sofort können Fragen und Anregungen über die E-Mail-Adresse [admin-gdpapp@gdp.de](mailto:admin-gdpapp@gdp.de) gepostet werden.

hjm



Fotos/Screenshots: Marker

**IM DETAIL**

# Die Rolle der Polizei in Fällen häuslicher Gewalt

Von Rainer Becker

**Die Länderpolizeien in Deutschland sind in Fällen häuslicher Gewalt recht gut aufgestellt. Aber auf Grund von Generationswechseln, der personellen Situation und der Vielzahl teilweise neu hinzugekommener Aufgaben kann nicht immer alles abgearbeitet werden, was gesetzlich möglich ist und was hier aufgezeigt wird. Deshalb ist es die Absicht des Verfassers, den Kolleginnen und Kollegen im operativen Dienst ergänzende Optionen aufzuzeigen.**

Für den Begriff „Häusliche Gewalt“ gibt es bis heute noch keine einheitliche Definition, sodass sich der Verfasser an dem Begriffsverständnis der Polizei in Berlin orientieren wird. Hiernach gehören zur häuslichen Gewalt unabhängig vom Tatort, auch ohne gemeinsamen Wohnsitz, (Gewalt-)Straftaten zwischen Personen in einer partnerschaftlichen Beziehung, die derzeit besteht, sich in Auflösung befindet oder aufgelöst ist oder die in einem Angehörigenverhältnis zueinander stehen, soweit es sich nicht um Straftaten zum Nachteil von Kindern handelt.

Die Zuständigkeit der Polizei für Maßnahmen in Zusammenhang mit

häuslicher Gewalt ergibt sich aus dem jeweiligen Landes-Gefahrenabwehrrecht und dem sogenannten Legalitätsprinzip des Paragraphen 163 der Strafprozessordnung (StPO).

**Gefahrenabwehr vor Strafverfolgung**

Grundsätzlich hat in derartigen Fällen aber zunächst einmal die Gefahrenabwehr Vorrang vor der Strafverfolgung, da Rechtsgüter wie Leben, Gesundheit, Freiheit und oft auch die sexuelle Selbstbestimmung der Betroffenen grundsätzlich schwerer wiegen als die Absicht des Staates, den Täter, der diese Rechte der Betroffenen verletzt hat, zu bestrafen.

Im Folgenden wird sich der Verfasser auf Quellen aus dem Landesrecht Mecklenburg-Vorpommerns stützen. Leserinnen und Leser mögen diese bei Bedarf mit ihrem grundsätzlich sehr ähnlichen Landesrecht vergleichen.

Gemäß Paragraph 7 Abs. 1 Nr. 1 Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) ist die Polizei dafür zuständig, Gefahren festzustellen und aus gegebenen Anlass zu ermitteln. Eine Gefahr ist – vereinfacht ausgedrückt – ein Zustand, der die Besorgnis begründet, dass ein schädigendes Ereignis, beispielsweise eine Schädigung der Gesundheit durch eine Körperverletzung eintreten

könnte. Sie steht im Einzelfall bevor, wenn sich der Ablauf des Geschehens bereits klar abzeichnet. Der Anlass ist bekannt, derjenige, der betroffen ist, derjenige, der die Gefahr verursacht, der Ort, die Zeit und so weiter.

Die Gefahr ist darüber hinaus gegenwärtig, wenn der Schadenseintritt unmittelbar oder in allernächster Zeit droht – oder aber, wenn bereits ein Schaden eingetreten ist. Und in Fällen häuslicher Gewalt ist die betroffene Person in aller Regel bereits durch Schläge, Tritte und ähnliches verletzt worden, sodass die Gefahr als gegenwärtig betrachtet werden kann.

Da die Gefahr mindestens dem bedeutsamen Rechtsgut Gesundheit droht, ist sie darüber hinaus als erheblich zu betrachten, sodass die Polizei in jedem Fall weitere Ermittlungen aufzunehmen hat (vergleiche hierzu Paragraph 3 SOG M-V). Da ein bloßer Anruf, dass jemand seine Frau schlägt und dass sie um Hilfe ruft, nicht ausreicht, um die Situation abschließend beurteilen zu können, suchen die Polizeibeamten den angegebenen Ereignisort auf, um zu klären, ob und wenn ja, welche weiteren Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen geboten sind.

Vor Ort ist grundsätzlich mit der mildesten Maßnahme zu beginnen, in aller Regel mit einer Befragung der Beteiligten gemäß Paragraph 28 SOG. Bei der Befragung werden der wahrscheinliche Angreifer und die von dem Angriff betroffene Person getrennt und in anderen Räumen zu der Auseinandersetzung befragt. Ge-



wöhnlich erfolgt diese in der Wohnung der Beteiligten.

### Sachverhalt klären

Wenn sich jemand weigert, die Polizei hereinzulassen, kann diese die Räume nach Paragraph 59 SOG M-V gegen seinen Willen betreten, da tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass in der Wohnung Straftaten, zum Beispiel eine Körperverletzung, begangen worden sind. Dies gilt insbesondere, wenn nur der vermeintliche Tatverdächtige die Wohnungstür öffnet und die wahrscheinlich Betroffenen nicht zu sehen oder zu hören sind. In diesen Fällen wird die Wohnung nach den anderen Personen durchsucht.

Bei der Befragung wird geklärt, wer der Angreifer war und wer der Betroffene, ob dieser Verletzungen erlitten hat und wenn ja, welcher Art, ob er medizinischer Hilfe bedarf, ob die Gefahr weiterer Angriffe besteht, ob und welche Rolle Alkohol, Drogen oder psychische Erkrankungen eine Rolle gespielt haben, ob es Zeugen gab, ob Kinder in der Wohnung sind, wo sie sich aktuell aufhalten und ob sie die Auseinandersetzung mitbekommen haben, ob überhaupt Kinder zum Haushalt gehören, ob sie zu ihrem Schutz in Obhut genommen werden müssen und viele Dinge mehr, die sich aus dem Gesprächsverlauf ergeben.

Während der Befragung achten die Beamten auf alles, was für die weitere Beurteilung des Sachverhaltes von Bedeutung sein könnte wie gefährliche Gegenstände, ausgesprochene oder behauptete Drohungen, Blut- oder an-

dere Spuren in der Wohnung, Angriffsspuren, Abwehrspuren, Kampfspuren, mögliche Tatwerkzeuge, Alkohol und Drogen, Hinweise auf Verwahrlosung wie Wäscheberge, verschmutztes Geschirr von mehreren Tagen, Tiere und Tierexkrementen, verschmutzte Betten oder Matratzen, wenn Kinder zu Wohnung gehören.

Ganz wichtig ist die Beurteilung, ob Angaben plausibel sind, um dann zu entscheiden, ob weitere Gefahren für die Betroffenen und dritte Personen wahrscheinlich sind oder nicht. Nicht selten können auch Nachbarn wertvolle Hinweise geben.

### „Wer schlägt, der geht“

Bei einem Datenabgleich gemäß Paragraph 43 SOG M-V kann und sollte geklärt werden, ob der Täter bereits wegen anderer Delikte in Erscheinung getreten ist, ob es in der Vergangenheit bereits Auseinandersetzungen zwischen den Beteiligten gegeben hat und wer damals der Täter und wer die Betroffenen waren. In den meisten Fällen können gerade nach einer Gewalteskalation weitere Angriffe nicht ausgeschlossen werden, sodass der Täter und die von seinen Aggressionen Betroffenen zu trennen sind. In diesem Fall kommt der Grundsatz „Wer schlägt, der geht“ zum Tragen.

Gemäß Paragraph 52 SOG M-V kann die Polizei einer Person für einen Zeitraum (oft bis zu 14 Tagen) unabhängig von dem erklärten Willen der anderen Bewohner und unabhängig von den Besitz-Verhältnissen zur bereits erläuterten Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person einen so genannten Platzverweis – verbunden mit einem Betretungsverbot – aussprechen.

Durch diese vorläufige polizeirechtliche Maßnahme soll den in der Wohnung verbliebenen Betroffenen Gelegenheit gegeben werden, bis zum Ablauf der Wegweisungsfrist zivilrechtliche Schutz-Beschlüsse nach dem Gewaltschutzgesetz zu beantragen.

Widersetzt sich die weggewiesene Person der polizeilichen Anordnung, besteht die Möglichkeit, sie zur Durchsetzung des Platzverweises gemäß Paragraph 55 SOG M-V in Gewahrsam zu nehmen. Dies bedeutet, dass sie gegebenenfalls mit körperlicher Gewalt mit auf die Polizeidienststelle genommen

und dort vorübergehend in einer Gewahrsamszelle untergebracht wird.

Gibt es Anhaltspunkte wie entsprechendes Verhalten in der Vergangenheit, Ankündigungen, Drohungen und anderes, die es wahrscheinlich machen, dass sich die Person nicht an das Betretungsverbot halten wird oder dass sie anderweitig, zum Beispiel durch Nachstellung versuchen wird, Kontrolle über die in der Wohnung verbliebenen Betroffenen auszuüben, kann ergänzend ein so genanntes Gebietsverbot ausgesprochen werden. Der Weggewiesene darf dann ein bestimmtes Gebiet wie die Umgebung der Wohnung der Betroffenen oder bestimmte Örtlichkeiten wie die Kindertagesstätte oder Schule der Kinder oder den Arbeitsplatz der Betroffenen für einen längeren Zeitraum nicht aufsuchen. Selbstverständlich hat der Weggewiesene das Recht, die polizeilichen Maßnahmen gerichtlich überprüfen zu lassen.

### Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Eine wesentliche Rolle beim Schutz der Betroffenen kommt der Zusammenarbeit mit anderen Behörden oder Stellen zu. So hat die Polizei andere zuständige Behörden über ihre Maßnahmen gemäß Paragraph 7 Abs. 1 Nr. 2 SOG M-V zu unterrichten und gemäß Nr. 3 bis zu deren Einschreiten an deren Stelle unaufschiebbare Maßnahmen zu treffen.

In Bezug auf Kinder ist zunächst das Jugendamt ein besonders wichtiger Partner. Dieses entscheidet in Fällen häuslicher Gewalt über vorläufige Inobhutnahmen gefährdeter Kinder und ruft bei Erfordernis längerfristiger Maßnahmen das zuständige Familiengericht an. Ist das Jugendamt nicht oder nicht schnell genug erreichbar, trifft die Polizei vorläufig die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz betroffener Kinder, zum Beispiel, weil nach einer Wohnungswegweisung die verletzte Mutter eines Kindes in ein Krankenhaus gebracht werden muss oder weil die Betroffenen unter Einfluss von Alkohol oder Drogen stehen.

Eine Unterrichtung des Jugendamtes sollte nicht nur bei vor Ort angetroffenen Kindern erfolgen, sondern in allen Fällen, in denen Kinder in dem Haushalt gemeldet sind. Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen,

Anzeige



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller  
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

**Telefon: (02207) 76 77** % %

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)





**DP-Autor Rainer Becker, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe e. V.**  
Foto: Fahrig-Foto-Berlin

dass nicht jeder Übergriff jedes Mal der Polizei gemeldet wurde und die Kinder bei häufigen Übergriffen in aller Regel etwas davon mitbekommen haben dürften oder sogar selber unmittelbar von der Gewalt betroffen waren. Deshalb sollten angetroffene Kinder am besten zu ihrem Schutz kindgemäß und möglichst durch einen Arzt am ganzen unbedeckten Körper in Augenschein genommen werden, ob sie eventuell Verletzungsspuren aufweisen.

**R**echtsgrundlage hierfür wären die Regelungen über die Durchsichtung einer Person gemäß Paragraph 53 SOG M-V in analoger Anwendung.

Konkretisiert sich der Verdacht, sollte möglichst ein Facharzt für Rechtsmedizin hinzugezogen werden, da grundsätzlich nur fachärztliche Gutachten vor Gericht anerkannt werden, und hier sind insbesondere das Familiengericht bei sorgerechtlichen Entscheidungen und das Strafgericht, aber gegebenenfalls auch das Zivilgericht gemeint, wenn es zum Beispiel um Schadenersatz und Schmerzensgeld geht.

**H**ervorzuheben ist, dass ein Hinzuziehen eines Facharztes für Rechtsmedizin, um zum Beispiel Gefahren abwehrend sorgerechtliche Entscheidungen des Familiengerichts zu ermöglichen, nichts mit Strafverfolgung zu tun hat und daher von der Polizei alleine entschieden wird.

### Berichtsdurchschrift auch an Familiengericht

Wenn es tatsächliche Anhaltspunkte dafür gibt, dass eine besondere Beschleunigung des Verfahrens geboten ist wie eine Gefährdung der Kinder durch Umgang mit dem Täter oder ein Missbrauch des Umgangsrechts, um Kontrolle über die in der Wohnung verbliebenen Betroffenen auszuüben, empfiehlt es sich, eine Berichtsdurchschrift, die gewöhnlich erst an das Jugendamt geht, bereits zeitgleich an das zuständige Familiengericht zu senden. Denn dieses kann nur so schnell und angemessen sorgerechtliche oder umgangsrechtliche Entscheidungen zu Gunsten eines Kindes treffen, wie es informiert ist (siehe Paragraph 1666 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) und Paragraph 1684 BGB).

Weiterhin ist durch Datenabgleiche gemäß Paragraph 43 SOG M-V oder Nachfragen zu klären, ob Beteiligte gegebenenfalls über Schusswaffen verfügen, zum Beispiel als Inhaber einer Waffenbesitzkarte oder eines Waffenscheins, als Jäger oder Mitglied eines Schützenvereins. Dies sollte, solange der Konflikt nicht endgültig und nachhaltig beendet ist, unverzüglich unterbunden werden.

**W**ird beim Täter, aber auch bei den Betroffenen, festgestellt, dass sie offensichtlich ein Suchtproblem zu haben scheinen, so ist gemäß Paragraph 7 Abs. 1 Nr. 2 der hierfür zuständige sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes hierüber zu unterrichten, damit dessen Mitarbeiter entsprechende therapeutische Angebote unterbreiten oder bei erheblichen Gefahren für Dritte oder den Betroffenen selbst Eingriffsmaßnahmen nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) einleiten können.

**N**ur am Rande und beispielhaft sei erwähnt, dass einer Untersuchung in Mecklenburg-Vorpommern zufolge in rund 50 Prozent aller Sachverhalte, zu denen die Polizei gerufen wurde, Alkoholkonsum mindestens beim Täter protokolliert wurde und bei rund der Hälfte hiervon AAK-Werte (Atemalkoholkonzentration) von deutlich über 1,8 Promille. Diese deuten in Verbindung mit der offenkundig immer noch vorhandenen Handlungsfähigkeit des Täters auf ein Suchtproblem hin.

### Interventionsstellen als wichtige Partner

Ein wichtiger Partner beim Schutz der Betroffenen sind sogenannte Interventionsstellen oder vergleichbare Einrichtungen, die insbesondere betroffenen Frauen und ihren Kindern dabei helfen, ihr Leben nach der Gewalt neu zu organisieren. Da es sich bei ihnen nicht um benachbarte Behörden, sondern um Stellen außerhalb der öffentlichen Verwaltung handelt, die an der Gefahrenabwehr mitwirken, dürfen die Grunddaten über den Anlass gemäß Paragraph 41 SOG übermittelt werden.

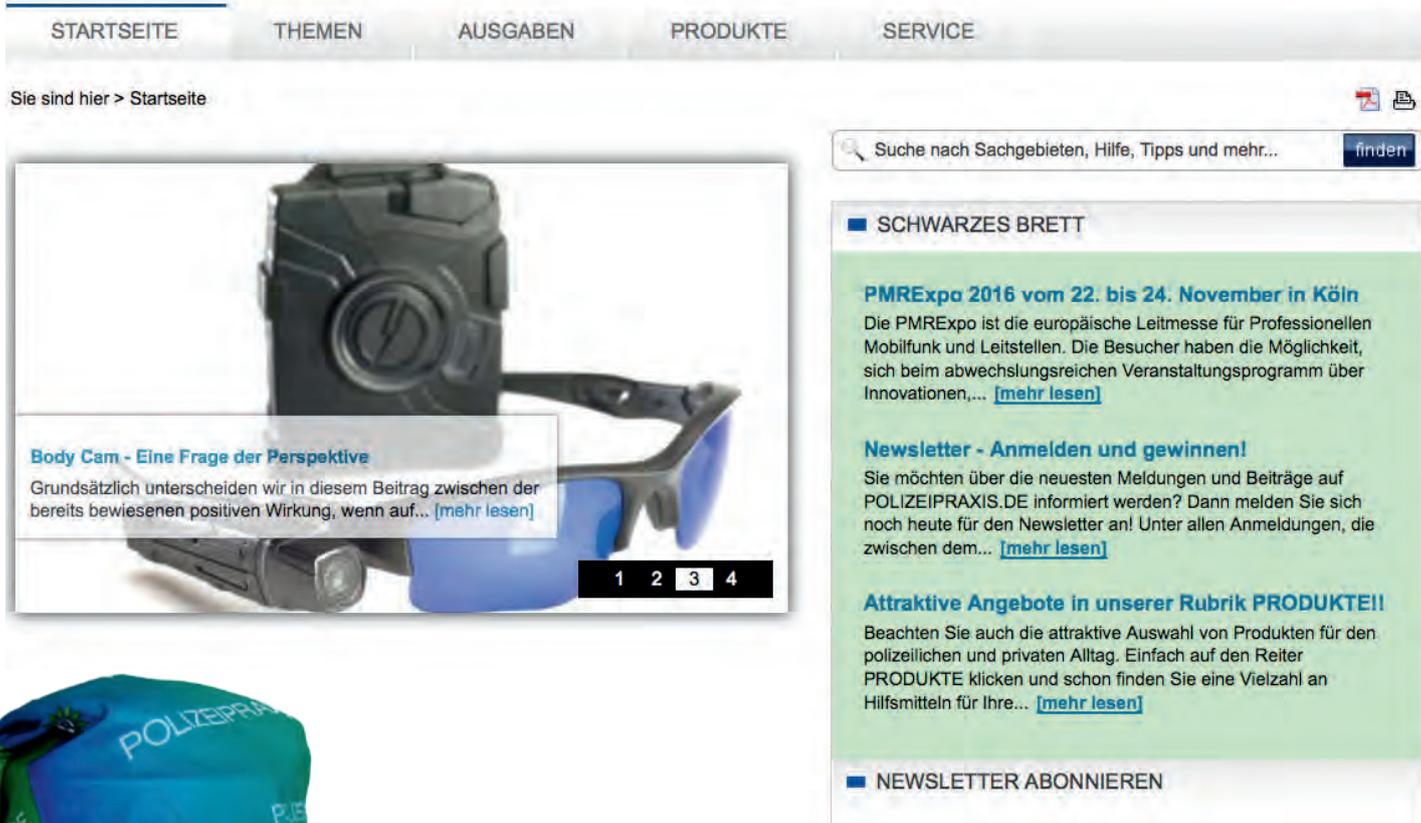
**N**utzt der Täter seinen Pkw nicht mehr nur zum Zwecke des Personen- oder Sachentransports zwischen zwei Orten, sondern verkehrsfremd zur Begehung von Straftaten wie Nachstellung (Stalking), ist die Polizei gemäß Paragraph 2 Abs. 12 Straßenverkehrsgesetz (StVG) nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, der zuständigen Führerscheinstelle Mitteilung hierüber zu machen. Dies gilt insbesondere, wenn der Täter sein Fahrzeug bereits mehrmals verkehrsfremd eingesetzt hat. Die Führerscheinstelle muss dann entscheiden, ob der Täter charakterlich (noch) geeignet ist, ein Fahrzeug im öffentlichen Straßenverkehr zu führen, oder ob Zweifel daran bestehen. Hierzu zieht sie gewöhnlich Experten im Rahmen einer medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) hinzu.

### Gefährderansprache in der Wohnung

Je nach Situation erfolgt noch in der Wohnung gemäß Paragraph 13 SOG M-V eine sogenannte Gefährderansprache. Hierbei wird dem Täter verdeutlicht, was er den Betroffenen angetan hat und dass er sich strafbar gemacht hat und was es für Folgen haben wird, wenn es noch einmal zu Gewalthandlungen kommen wird. Bei stark erregten Tätern oder solchen, die unter Einfluss von Alkohol oder Drogen/Medikamenten stehen, wird diese Gefährderansprache gewöhnlich in den kommenden Tagen noch einmal gezielter wiederholt, damit sie sich nicht darauf berufen können, in der Aufregung nichts mehr richtig mitbekommen zu haben. Eine wiederholte



# POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

Passend dazu:  
ab sofort auf unserer  
Homepage im Shop auch  
eine attraktive Auswahl  
von Schuhen – nicht nur für  
die Freizeit – von HAIX!

# WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.12. - 31.12.2016 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Gefährderansprache sollte grundsätzlich protokolliert und vom Gefährder gegengezeichnet werden.

Die Betroffenen werden parallel darauf hingewiesen, wie sie sich am besten verhalten sollten, falls der Täter weiter versuchen sollte, mit ihnen zu kommunizieren oder ihnen nachzustellen. Hierbei sollte ihnen deutlich gemacht werden, dass jeder neue Kontakt oder jeder Versuch einer verbalen Beschwichtigung einem in seinem Verhalten gestörten Täter die

Illusion vermitteln kann, noch eine Chance auf Fortsetzung der Beziehung zu haben, um dann – beim Zusammenbruch seiner Hoffnungen – gegebenenfalls noch heftiger zu reagieren.

Strafverfolgend werden bei Feststellen des Täters Spuren und Beweismittel sichergestellt, bei Tätern unter Alkohol- oder Drogeneinfluss wird eine Blutprobenentnahme oder gegebenenfalls zusätzlich eine Urinprobe durch einen Arzt angeordnet, um seine Schuldfähigkeit einschätzen zu kön-

nen und es werden Zeugenaussagen niedergeschrieben.

Der Schwerpunkt der polizeilichen Maßnahmen wird jedoch wie dargestellt auf die Abwehr von Gefahren gelegt und erfordert eine ebenso zügige wie intensive Kommunikation mit benachbarten Behörden und Stellen. Hierbei ist wichtig, dass Zusammenarbeit mehr ist als eine Berichtsdurchschrift an eine benachbarte Behörde zu versenden. Vorrangig sind Face-to-face-Kontakte anzustreben, um so die Wahrscheinlichkeit von Erfolgen zu erhöhen.

---

## BUCHTIPP ZUM THEMA

# Häusliche Gewalt

Kaum eine Woche vergeht, in der nicht tödlich verlaufene Gewalttaten zwischen Beziehungspartnern Schlagzeilen machen. In vielen Fällen haben diese Taten eine gewaltbelastete Vorgeschichte – häusliche Gewalt. Aus dem Arbeitsalltag der Polizei ist das Thema nicht wegzudenken. Es stellt gerade im Zusammenhang der Handlungsmaxime „Wer schlägt, der geht“ an das polizeiliche Handeln in Gefahrenabwehr und Strafverfolgung hohe Anforderungen.



von häuslicher Gewalt Betroffenen vermittelt der zweite Teil das erforderliche Grundlagenwissen für die Anwendung des gesetzlichen Handlungsrepertoires. Einen Schwerpunkt der Darstellung bilden Aspekte der Gefahrenprognose sowie die Behandlung der zentralen Vorschriften von Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot. Ergänzt werden die Ausführ-

rungen mit Hinweisen auf vertiefende Literatur sowie im Anhang durch klausurtypische Fragestellungen mit Lösungsbemerkungen und Fallvarianten.

**Häusliche Gewalt, Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 22, Wolfgang Gatzke, Detlef Averdiek-Gröner, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR, 1. Auflage 2016, 141 Seiten, Broschur, 12,90 Euro im Abonnement, 14,90 Euro im Einzelbezug, E-Book (ePub/mobipocket) 12,99 Euro, ISBN 978-3-8011-0784-0**

---

## WETTKAMPF

# 20. Deutsche Polizeimeisterschaft im Schach

**In der bayerischen Stadt Dorfen trafen sich kürzlich aktive und ehemalige Polizeibeschäftigte zur 20. Deutschen Schach-Meisterschaft. Der Seriensieger Ralf Kotter aus Dortmund holte zum insgesamt zwölften Mal den Titel eines Polizeimeisters in dieser Sportart. 54 Teilnehmer beteiligten sich an der Jubiläumsmeisterschaft, darunter erstmalig ein Polizeikollege aus dem Kosovo.**

Der vorliegende Lehr- und Studienbrief vermittelt komprimiert das erforderliche Grundlagenwissen für das polizeiliche Handeln in Fällen häuslicher Gewalt. Im ersten Teil beschreibt er unter Berücksichtigung europäischer, nationaler und länderspezifischer Studien, Statistiken und Daten den aktuellen Wissensstand zum Thema. Er vermittelt kompakt die für die Beurteilung der polizeilichen Lage bedeutsamen Kenntnisse über Art und Ausmaß von häuslicher Gewalt, Schweregrade und Muster, typische Entwicklungsverläufe sowie besondere Risikofaktoren.

Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der spezifischen Lebens- und rechtlichen Situation der

Wie jedes Jahr fand neben dem Turnierschach auch ein Blitzturnier mit Mitgliedern des gastgebenden Vereins PSV Dorfen mit 21 Schachfreunden statt. Das Blitzturnier, nach Schweizer System mit elf Runden gespielt, gewann der Kripobeamte Kotter mit zehn Punkten vor den punktgleichen Sebastian Mürer aus Oldenburg und Uwe Rauch aus Offenburg.

Erstmals wurde auch ein Mannschaftsturnier im Schnellschach veranstaltet. Für jedes der sieben teilneh-

menden Teams gingen in den einzelnen Runden jeweils vier Spieler an den Start. Gespielt wurde nach dem Modus jede Mannschaft gegen jede Mannschaft. Das Turnier gewann der gastgebende PSV Dorfen mit 10:2 Mannschaftspunkten.

### Kotter ohne Niederlage

Für viele Teilnehmer stellte sich vor Meisterschaftsbeginn die Frage, schafft es Kotter erneut, den Titel zu holen oder



## WETTKAMPF



Konzentration vor dem nächsten Zug.

Fotos (2): Dieter Klebe

kann einer der jungen Spieler ihm den Sieg streitig machen. Nach drei Runden waren vier Spieler mit jeweils drei Punkten (Kotter, Rauch, Mürer und St. Mooser aus Dorfen) an der Spitze. In der darauffolgenden Runde kam es zu den Paarungen Rauch gegen Kotter und Mürer gegen St. Mooser. Kotter und St. Mooser gewannen mit den schwarzen Figuren „spielend“ ihre Partien und gingen gemeinsam mit vier Punkten in Führung.

In Runde 5 trennten sich am Tisch 1 Kotter und St. Mooser Remis. An den nächsten Tischen maßen sich Spieler mit jeweils drei Punkten. An Tisch 2 R. Listl mit weiß gegen Mürer mit schwarz (0:1), an Tisch 3 Wegerich gegen Hilbig (0,5:0,5), an Tisch 4 Matzat gegen Rauch (0:1), an Tisch 5 Goerg gegen Brunner (1:0) und an Tisch 6 R. Zahn gegen Selimi (1:0). Somit lagen nach fünf Runden Kotter und St. Mooser mit jeweils 4,5 Punkten vorn, gefolgt von Mürer, Rauch, Goerg und R. Zahn mit 4 Punkten. Leider ist der Dorfener St. Mooser nach dieser Runde ausgestiegen.

In Runde 6 spielte Mürer mit weiß gegen Kotter, der schließlich gewann. Rauch mit weiß unterlag Goerg. Wegerich mit weiß und R. Zahn trennten sich unentschieden. Weiter spielten Prediger mit weiß gegen Esser (1:0) und Hilbig mit weiß gegen Bomert (0:1).

Vor der abschließenden Runde führte damit Kotter mit 5,5 Punkten vor Goerg mit 5 Punkten und R. Zahn, Prediger und Bomert mit jeweils 4,5 Punkten. Im letzten Spiel trennte sich an Tisch 1 Kotter mit weiß von Goerg Remise. An Tisch 2 verlor R. Zahn mit weiß gegen Prediger und an Tisch 3 verlor Bomert mit weiß

gegen Rauch. Womit keiner der Teilnehmer gerechnet hat, war die Niederlage von Mürer mit schwarz gegen Reif. Auch der Thüringer Wegerich gewann seine Partie mit Schwarz gegen Selimi.

Damit war die Meisterschaft zugunsten von FIDE-Meister (FM) Kotter entschieden, der sechs von sieben Punkten holte. Es folgten auf den Plätzen zwei und drei mit jeweils 5,5 Punkten Joachim Goerg und FM Rupert Prediger. Hier musste mal wieder die erste Feinwertung über die Reihenfolge entscheiden. Die Plätze vier bis sechs belegten Uwe Rauch, Michael Wegerich und Hermann Reif mit jeweils 5,0 Punkten. Auch hier entschied die Feinwertung.

Die 21. Auflage der Meisterschaft findet 2017 im fränkischen Bad Königshofen statt.

Dieter Klebe

## PUBLIC-RELATIONS-PREIS FÜR BREMER „POLIZEISTERN“

### Fachwelt bescheinigt Horst Göbel „hervorragend geschriebene Reportage“

**Seiner Methode, sich Themen von unerwarteter Seite zu nähern und zu ergründen, bleibt er auch in seiner neuen Aufgabe treu: Horst Göbel, ehemaliger Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Bremen und jahrelang in Bundesgremien tätig. Jetzt erhielt er den Sonderpreis Gold beim inkom. Grand Prix 2016 der Deutschen Public Relations Gesellschaft e.V. (DPRG) für das Mitarbeitermagazin der Bremer Polizei „Polizeistern“, das er nach seiner Pensionierung im Auftrag des Bremer Polizeipräsidenten aus der Taufe gehoben hat und dessen Chefredakteur er ist.**



Als Preisträger steht Göbel mit seinem „Polizeistern“ in einer Reihe mit

dem neuen Intranet-Auftritt des frisch fusionierten Telekommunikationsunter-



## PUBLIC-RELATIONS-PREIS FÜR BREMER „POLIZEISTERN“

nehmens Telefónica Deutschland Holding AG, dem Mitarbeitermagazin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, dem Intranet der Deutschen Post DHL, dem interaktiven Intranet der Deutschen Telekom, dem Mitarbeitermagazin von Vodafone, dem Mitarbeitermagazin der Axel Springer AG und anderen Mediengiganten. Die Mitarbeiterzeitschrift der Bremer Polizei, so schreibt die DPRG in ihrer Laudatio zur Preisverleihung, sei denn auch weit weniger glamourös. Aber, so die DPRG: „Die Polizei beweist Mut. Ge-

meint ist nicht der tägliche Einsatz am Tatort, sondern die Berichterstattung über dessen Folgen. In einer hochspannenden Lesegeschichte beschreibt die Redaktion einen Einsatz aus Sicht eines Zeugen. Schonungslos berichtet der Polizeistern, wie sehr sich der Zeuge zeitweilig von der Polizei alleine gelassen fühlt. Für die hervorragend geschriebene Reportage, vor allem aber für den Mut, ein so problematisches Thema derart prominent zu publizieren, vergibt die Jury als Sonderpreis den einzigen Gold-Award 2016 im Print-Bereich.“

Eindrucksvolle, großformatige Bilder und ein klares Layout sorgen dafür, dass der Leser den „Polizeistern“ gern in die Hand nimmt. Seine spannenden Portraits und interessanten Interviewpartner sucht Göbel nicht in den oberen Etagen von Politik und Polizei, sondern in den Reihen „normaler“ Mitmenschen und der Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI gratuliert ihrem Kollegen Horst Göbel. **hol**

## Die Deutschen werden immer älter – Vielfalt und Wandel im Alter

**In Deutschland haben neugeborene Mädchen derzeit eine Lebenserwartung von 83 Jahren und Jungen eine von 78 Jahren. Menschen um die 40 Jahre stehen demzufolge in der Mitte ihres Daseins und haben statisch gesehen noch rund vier Jahrzehnte Leben vor sich. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und dem Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) Anfang Oktober in Berlin wurden die Ergebnisse des jüngsten „Deutschen Alterssurveys“ vorgestellt.**

Die verschiedenen Untersuchungen zeigen, dass der Anteil der Erwerbstätigen im



Alter von 54 bis 65 Jahren zwischen 1996 und 2014 deutlich zugenommen hat. Immer mehr Menschen gehen im Ruhestand einer Erwerbstätigkeit nach.

Der Anteil dieser Personen ist von 5,1 Prozent im Jahre 1996 auf 11,6 Prozent im Jahre 2014 gestiegen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Studie ist, dass die Belastung im Erwerbsleben zwischen 2002 und 2014 zugenommen hat. Die meisten Erwerbstätigen klagen über zeitliche und nervliche Belastungen, indes weniger über körperliche.

### Wichtige Langzeitstudie

Der Deutsche Alterssurvey ist eine der wichtigsten Langzeitstudien über das Älterwerden in Deutschland. Die mittlerweile seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich repräsentative Daten über die Lebenssituation von Menschen zwischen dem 40. und 85. Lebensjahr

## Kapitalmarkt

**Beamendarlehen 10.000 €-120.000 €**  
 Vorteile:  
 ■ Vorteilszins für den öffentl. Dienst  
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 ■ Baufinanzierungen echt günstig  
**0800 - 1000 500** Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns.  
**Seit über 35 Jahren.**



**Deutschlands günstiger Autokredit**  
**2,77%** effektiver Jahreszins  
 5.000 € bis 50.000 €  
 Laufzeit 48 bis 120 Monate  
**Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €**

**AK FINANZ**  
 Kapitalvermittlungs-GmbH  
 Es: 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Tel.: (0621) 178180-0  
**Info@AK-Finanz.de**  
**www.AK-Finanz.de**

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker**  
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) **2,95%**, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins **2,99%**, Bruttobetrag 44.317,85 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung und ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
 Königswall 1 • 44137 Dortmund  
**www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 1451 45**

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997**

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
 Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtdarlehen von 12 bis 20 Jahre.



→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332**  
 Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borchen

**KREDIT** bis € 80.000,-  
**PECUNIA GmbH seit 1980**  
 einfach - schnell - seriös  
 ohne Schufa bis € 10.000 - keine Bearbeitungsgebühr - Laufzeit bis 10 Jahre - auf Wunsch keine Restschuldsicherung - bis zum 80. Lebensjahr  
**Tel. 0201/22 13 48**  
 45127 Essen • Gänsemarkt 21  
**www.pecunia-essen.de**

**www.PolizeiDeinPartner.de**

**www.PolizeiDeinPartner.de**

**JETZT INFORMIEREN!**  
 Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei  
**POLIZEI DEIN PARTNER**  
 Gewerkschaft der Polizei  
 Das Präventionsportal



liefernde Erhebung hat für politische Entscheider und gesellschaftspolitische Organisationen eine große Bedeutung und bietet eine solide Wissensgrundlage, um Altersfragen zu lösen. Seit Mitte der 1990er-Jahre wird die Sozialstudie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Daten werden alle zwei Jahre im Rahmen einer repräsentativen Umfrage erhoben. Die aktuellen Ergebnisse des Deutschen Alterssurvey zeigen insbesondere den Vergleich der Jahre 1996 und 2014, dem Jahr der letzten Datenerhebung.

### „Man muss Bescheid wissen, um was zu verändern“

Deutschland ist also ein Land des

langen Lebens. Das Älterwerden der Gesellschaft ist ein großer Erfolg. Was bedeutet es aber für die Gesellschaft, wenn immer mehr Menschen länger leben? Diese Frage erörterten über 200 Menschen aus Politik, Praxis, Wissenschaft und Medien. Franz Müntefering, seit rund einem Jahr Vorsitzender der BAGSO, bilanzierte in seiner bekannt knappen Art: „Wenn man etwas verändern will, muss man Bescheid wissen!“ Zudem müsse die Binnenwanderung in Deutschland muss gesehen werden. Einer besonderen Beobachtung bedürfe die Altersstruktur 2020/2040.

In seinem Ausblick gab er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Frage mit, wie „wir morgen leben wollen“. Er betonte, dass die soziale Gerechtigkeit

auf einem hohen Niveau bleiben müsse. Der Staat jedoch könne nur eine menschliche Gesellschaft vorschlagen, nicht jedoch erzwingen. Der Ex-Bundesminister wie Ex-SPD-Vorsitzende schloss mit dem Fazit: „Wir wollen in einem Staat leben, indem die Würde des Menschen das Wichtigste ist.“

Wer weitere Informationen zu den Ergebnissen des Deutschen Alterssurvey möchte, kann dies in dem Buch „Altern im Wandel – zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey“ (Springer-Verlag) oder kostenlos unter [www.alterssurvey.de](http://www.alterssurvey.de) oder [www.dza.de](http://www.dza.de) nachlesen.

**Winfried Wahlig,  
Bundesseniorenvorsitzender**

## forum

### LESERMEINUNG

#### Zu: Aus Ländern und Bezirken, DP 11/16

Es wundert mich als ehemaliger Kollege doch sehr, dass Sie, Herr Husgen, eines der größten Magazine unseres Landes, den „Stern“ (Ausgaben 42 und 43), mit seiner Berichterstattung über die Vorgänge bei der Wiedervereinigungsfeier in Dresden in die Nähe der sogenannten Lügenpresse stellen. Wenn Sie von Ihrer Position aus nicht über diese mehrfach in der Presse beschriebenen unglaublichen Vorgänge genügend Informationen haben, ist das sehr traurig und nicht hinnehmbar, so einen Bericht zu schreiben und zu veröffentlichen.

Es steht unumstritten fest, dass wahrscheinlich unsere Kollegen den abgrundtiefen Hass nicht mitbekommen haben und bedauerlicherweise nicht bei diesen zu verfolgenden Straftaten eingegriffen haben. Wo waren die Ordnungskräfte, als der Mob den verbotenen Hitlergruß zeigte, wo waren die Kollegen, als die Galgen für unsere Politiker aufgebaut wurden, und wo waren die Kollegen bei dem „Freudenfest“, als die Hetzparolen auf Plakaten, wie das mit der Aufschrift: „Hallo Lügenpresse, Göbels wäre stolz auf Euch gewesen“ auftauchten?

Ich war auch jahrelang im Vollzugsdienst und habe mich mit vielen braunen Kollegen auseinandersetzen müssen. Aber dass diese Straftaten, die eigenartiger Weise nicht verfolgt und dann noch in solchen Berichten verharmlost

werden, anstatt sie nach unseren gegebenen Gesetzen zu verfolgen, kann ich nicht nachvollziehen.

**Burkhard Brenk, Aachen**

#### Zu: 50 Jahre JUNGE GRUPE (GdP), DP 11/16

Nach 50 Jahren GdP-Mitgliedschaft habe ich mich aufgerafft, der GdP einen Leserbrief zu einem Artikel in der Novemberausgabe zu schreiben, der mich in mehrfacher Hinsicht geärgert hat. Hat es die GdP nötig, Reklame für selbsternannte Meinungsdiktatoren zu machen, denen freie Meinungsäußerungen beziehungsweise Meinungsvielfalt offensichtlich egal, ja ein Dorn im Auge sind. Werden nicht wahnhaftige Begriffe wie Rassismus und Diskriminierung hochstilisiert, ja bewusst dramatisiert, um Maulkörbe im Sinne einer Political Correctness und Stimmung gegen „Rechts“ machen zu können?

Ob hier gegebenenfalls linkslastiges Gedankengut eine Rolle spielt, sei dahingestellt. Aber hat die Polizei es wirklich nötig, von solchen überkandidelten Vertretern Nachhilfeunterricht in Rassismus und Diskriminierung zu erhalten? Zu den gängigen Parolen eines überbordenden Rassismus sowie Diskriminierung gehören eigentlich noch Anti-Gender-Mainstreaming, Anti-Feminismus, Anti-Sexismus, Anti-Gleichstellung und vieles mehr, um jede kritische Äußerung oder Meinung als quasi kriminell – zumindest außerhalb der Political Correctness niederzuknüpf-

eln. Wo bleibt da das Grundrecht der freien Meinungsäußerung?

Gleichzeitig liest man in der Novemberausgabe die Textzeile auf Seite 23: „Die Demokratie lebt vom kritischen und wachsamem Geist der Bürgerinnen und Bürger, die Politik und Gesellschaft beobachten, bewerten und sich engagieren.“

Ja, was denn nun? Alles, nur keine Kritik in bestimmter Richtung, das können unsere Meinungsdiktatoren ja als Rassismus beziehungsweise Diskriminierung und so weiter interpretieren und damit als verdammenswert verurteilen. Die Begriffe werden offensichtlich instrumentalisiert. Das sollte die Polizei nicht mitmachen, jedenfalls nicht kritiklos! **Helmut Klose, Niedernhausen**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
[gdp-pressestelle@gdp.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp.de)**



# Einen Spannungsbogen länger halten als Einsdreißig

*Er schreibe Kriminalromane, erzählte der Leiter des Berliner Studios des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR), Tim Herden, kurz bevor sein Fernsehteam Ende Oktober in der Berliner Bundesgeschäftsstelle den stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Jörg Radek interviewte. DP-Redakteur Michael Zielasko ließ es sich nicht entgehen, nachzufragen, da inzwischen schon vier Bände des 51-jährigen Fernsehjournalisten in den Buchhandlungen und den virtuellen Regalen zahlreicher Online-Shops stehen. Sein jüngster Krimi „Harter Ort“ erschien Anfang des Jahres. Und die Geschichte spielt wie alle Romane von Herden auf der Ostseeinsel Hiddensee...*

**DEUTSCHE POLIZEI (DP): Ihnen fehlt es ja offenbar nicht an Selbstbewusstsein, sich mit Ihren Romanen dem hart umkämpften Krimi-Markt zu stellen...**

**Tim Herden:** Vielleicht, weil ich eine Nische gefunden habe. Auf der Insel Hiddensee erwartet kaum jemand wirklich Verbrechen. Aus Gesprächen mit dem zuständigen Inselpolizisten, Hauptkommissar Horst Henk, weiß ich auch, dass es oft bei seinen Ermittlungen um Mundraub oder Verstöße gegen die Verkehrssicherheit geht – weil einer mit dem Fahrrad – Hauptverkehrsmittel auf der Insel – ohne Licht fährt. Aber das ist gerade das Reizvolle, in diese idyllische Kulisse der Ostseeinsel einen Krimi hinein zu konstruieren. Bis jetzt läuft es ganz gut. Außerdem sind Regionalkrimis wie meine von der Insel immer noch im Trend und gerade im Urlaub sucht man vielleicht ein Buch, was auch mit dem Ferienort zu tun hat.

**DP: Ist Ihnen die Arbeit für das Fernsehen zu flüchtig? Da wird ein Beitrag gesendet, nach der Ausstrahlung noch ein bisschen Mediathek, und dann ist alles weg. Ein Buch bleibt, oder?**

**Herden:** Ich habe lange sehr gut gelebt mit den typischen Nachrichtenbeiträgen in der Länge von einer Minute und dreißig Sekunden. Für mich war es sehr befriedigend, morgens in die Redaktion zu kommen, ein Thema zu bekommen, dann zu recherchieren und rauszufahren zum Drehen, zu schneiden und am Abend das Produkt auf dem Sender zu sehen. Aber nach gut zwanzig Jahren Nachrichtengeschäft schlich sich die Frage in mein Gehirn, kannst du eigentlich auch länger einen Spannungsbogen

halten als Einsdreißig? Dann kam der Zufall dazu, dass ich auf Hiddensee bei meiner Hochzeit Opfer einer Straftat wurde. Uns wurde ein Fahrrad gestohlen, das genau am Inselpolizeirevier im Hauptort Vitte angeschlossen war. Wir haben Anzeige erstattet und kamen mit dem Polizisten Henk ins Gespräch. Und da wurde die Idee geboren, einen Krimi über Hiddensee zu schreiben. Mittlerweile sind es vier geworden.

**DP: Wie wichtig ist Ihnen die Authentizität Ihrer Figuren, vor allem auch der dort handelnden Polizisten? Holen Sie sich womöglich Rat bei echten Ermittlern?**

**Herden:** Ich versuche schon, besonders die Menschen auf Hiddensee sehr authentisch in meinen Büchern zu beschreiben. Das ist manchmal ein schmaler Grat, weil ich mich in einem sehr begrenzten Umfeld bewege. Hiddensee hat etwas mehr als 1.000 Einwohner, und man muss sehr sensibel sein, wie man die Menschen zeigt in einem Buch, um sie nicht zu verletzen oder vorzuführen. Einige wissen, dass sie Vorbild für Figuren in den Büchern sind. Sie können auch gut damit leben, aber sind durchaus auch meine schärfsten Kritiker. Ich habe auch mit dem Revierleiter Horst Henk öfter gesprochen. Er kommt immer zu meinen Lesungen und schickt mir auch Artikel über seine Arbeit. So war eine Schlagzeile vor zwei Jahren „Bankraub beim Abendspaziergang aufgeklärt“. Es handelte sich aber nur um eine Gartenbank, die Jugendliche auf der Insel „umgesetzt“ hatten. Allerdings lese ich auch viel Literatur von Polizisten, die von ihrer Arbeit auf ganz unterschiedliche Weise be-



**Fernsehjournalist und Krimiautor  
Tim Herden**

**Foto: privat**

richten. Interessant dabei, dass sich Journalisten und Kriminalisten am Anfang der Recherche oder Ermittlung offenbar die gleichen sogenannten sieben W-Fragen stellen: Was, wann, wo, wer, wieso, weshalb, warum.

**DP: Täuscht der Eindruck, dass viele Krimiautoren sich darin überbieten, möglichst brutale und schockierende Tötungsdelikte in ihre Geschichten einzubauen? Was fasziniert aus Ihrer Sicht die Leser an diesen Metzeleien?**

**Herden:** Ja, das scheint mir auch so, und mich schreckt das mehr und mehr ab, egal, ob es dabei um Krimis als Bücher oder Filme geht. Es wird darin oft ein Bild gezeichnet, das mit der realen Sicherheits- und Gefahrensituation in Deutschland nichts zu tun hat. Vielleicht bin ich da zu sehr Journalist und der Realität verpflichtet, aber ich sehe darin auch eine Gefahr. Mir scheint, dass immer mehr Leser und Zuschauer beginnen, die Fiktion des Krimis mit der Realität zu vermischen, wenn nicht sogar zu verwechseln. Die Faszination dieser Gewaltausbrüche in Krimis kann ich mir nicht erklären. Vielleicht hat es auch mit unserem immer komplexeren



Alltag zu tun. Man sucht Ablenkung, will sich abreagieren, versucht Aggressionen abzubauen, die entstehen, wenn man sich gegen Konkurrenten im Beruf durchsetzen muss.

**DP: Oft kommen ja auch noch psychisch auffällige Ermittler an den Tatort...**

**Herden:** Für mich auch mittlerweile ein Abschalter. Eigentlich gibt es kaum noch Ermittlerfiguren, die nicht ohne ein „dunkles Geheimnis“ agieren oder Verbindungen in die kriminellen

sich auf der Insel etwas aufzubauen. Da geht es um den Spagat zwischen Bewahren und Verändern. Hiddensee ist da auch eine Art Mikrokosmos unserer Gesellschaft.

**DP: Wer Ihre Bücher liest, könnte auf den Gedanken kommen, dass das beschauliche Hiddensee ziemlich gefährlich ist. An dieser Stelle könnten Sie Ihre Leser beruhigen?**

**Herden:** Inselpolizist Henk hat mal den Satz geprägt: „Auch auf Hiddensee macht das Verbrechen keinen Ur-

sehr spannend, jetzt zum Beispiel gerade, wenn es um die Zukunft der Rente geht. Aber ich genieße es, morgens vor oder abends nach dem Redaktionsdienst für ein oder zwei Stunden in die Hiddensee Welt einzutauchen. Wenn ich schreibe, bin ich in Gedanken dann auch dort auf der Insel. Ich sehe die Orte und die Menschen vor mir. Bevor ich mit dem Schreiben angefangen habe, konnte ich mir das nicht vorstellen, so zwischen zwei Welten wandern zu können. Jetzt gehört es zu meinem Lebensrhythmus.

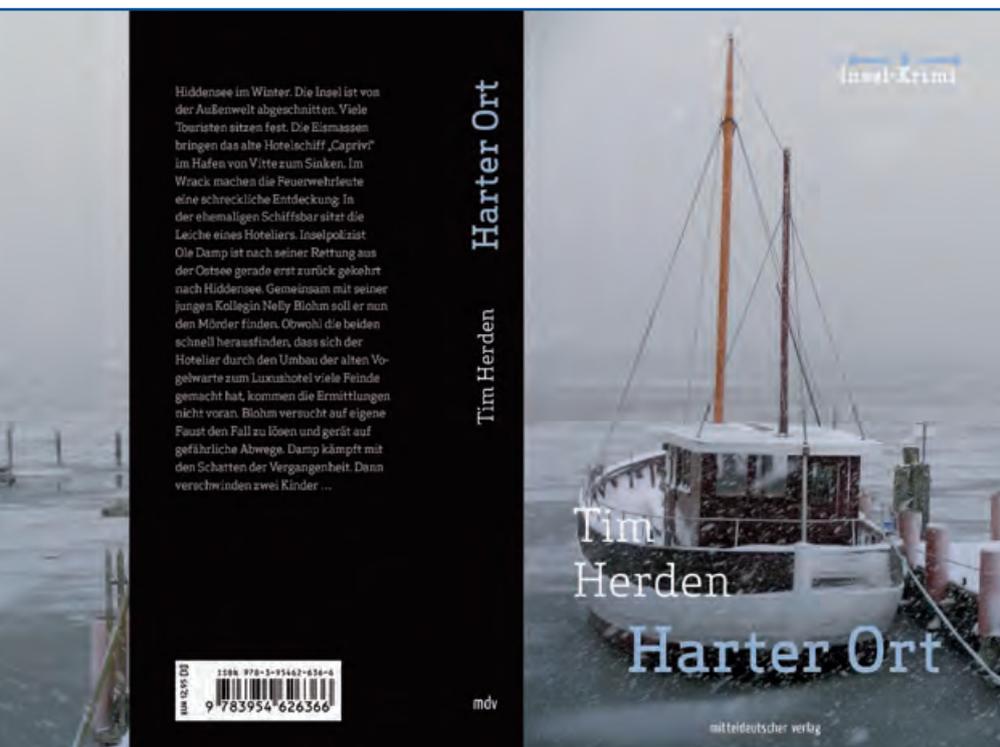
**DP: Haben Sie einen Tipp für ambitionierte Krimifreunde, die selbst zur Feder greifen wollen?**

**Herden:** Das ist schwer, denn ich hatte einfach Glück. Zum einen ist das Schreiben Teil meiner Arbeit, und ich musste es nicht erst lernen. Zum anderen habe ich mit Roman Pliske vom Mitteldeutschen Verlag einen Verleger gefunden, der von meinem ersten Buch so begeistert war, dass er es sofort angenommen und gedruckt hat. Wer Lust zum Schreiben hat, sollte genau beobachten, im Alltag Szenen oder Gesprächsfetzen notieren und sie dann im Manuskript verwenden, um damit Authentizität zu erreichen. Das ist ganz wichtig, dass die Figuren im Krimi so beschrieben werden und so reden, wie es auch in unserem Alltag passiert. Ich mache außerdem viele Bilder auf der Insel von den Orten, an denen die Handlung spielen soll, um sie so realitätsnah wie möglich im Buch zu beschreiben, denn manchmal spielt einem die Erinnerung doch einen Streich. Aber es legen viele Leser großen Wert darauf, besonders bei Regionalkrimis, dass der Fall zur Gegend passt und dass sie auch die Handlungsorte wiedererkennen.

**DP: Und welchen Krimi oder welchen Krimiautoren würden Sie verschenken?**

**Herden:** Schwierige Frage. Früher war ich ein großer Fan von Elisabeth George, Deborah Crombie und Helene Tursten, aber ihre Serien laufen mir jetzt schon zu lange, und das Private der Ermittler dominiert mir oft zu sehr in den Büchern. Nach wie vor ist für mich die schwedische Reihe aus den siebziger Jahren von Sjöwall/Walhöö ziemlich unübertroffen.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch.**



Milieus haben. Ich finde es schon gut, wenn man als Autor auch zeigt, dass der Polizeidienst viele Entbehrungen mit sich bringt, dass es Spannungen im Privatleben und mit der Familie gibt, dass der Stress im Dienst auch seine Spuren hinterlässt. Natürlich haben meine beiden Ermittler auch ihre eigene Geschichte. Hauptkommissar Stefan Rieder hat sich von Berlin nach Hiddensee versetzen lassen, weil er mit der Gewalt in Berlin nicht mehr klarkam. Revierleiter Ole Damp wird von den Hiddenseern nicht geschätzt, weil er von der Nachbarinsel Rügen kommt. Aber für mich sind der Fall und dessen Hintergrund wichtiger. Da geht es um das Spannungsfeld zwischen Alteingewesenen und Menschen, die von außen kommen und versuchen,

**Harter Ort, Tim Herden, Mitteldeutscher Verlag, 2016, 288 Seiten, 9,95 Euro, ISBN 978-3954626366**

laub“. Aber das ist übertrieben. Wenn etwas passiert, ist es meist Kleinkriminalität. Der letzte und wohl auch einzige Mord auf Hiddensee ist in den sechziger Jahren geschehen. Es ist also schon ein eher sicheres Pflaster.

**DP: Herr Herden, Sie sind studierter Journalist. Es dürfte einem Autoren nicht schaden, mit Sprache umgehen zu können, oder wandeln Sie gerne zwischen zwei Welten?**

**Herden:** Für mich ist das Schreiben eine schöne Abwechslung zu meiner Arbeit als Journalist in der Hauptstadt. Sicher sind hier auch viele Themen





## Psychologie der Eigensicherung

Die psychologische Eigensicherung bietet gegenüber gewaltbereiten Personen einen nachhaltigen und zusätzlichen Schutz für Leben und Gesundheit, beispielsweise der Polizeibeamten im Einsatz. Auf der Grundlage von Ereignissen aus der polizeilichen Praxis sowie unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse vermittelt das eingeführte Standardwerk anschaulich, wie man in gefährlichen Situationen Verletzungen vermeiden und seine Überlebenschancen durch Beachtung psychologischer Faktoren erhöhen kann.

In die 6. Auflage wurden folgende Themen neu aufgenommen – der sogenannte Verteidigungskreis, der psychologische Zaun, der Gefahrenradar zur Vermeidung von psychologischen Fallen und Naturkatastrophen, die Bedeutung des Gefahrenradars in Zeiten des Terrorismus, der Unterschied zwischen Angst und Respekt vor Gefahren, gefährliche Straßenschläger sowie Gewalt gegen deutsche Polizisten.

Das Werk ist für jeden von Nutzen, der beruflich oder privat mit Gefahrensituationen zu tun hat, wie Polizeibeamte, Personenschützer, Werkschutzpersonal, Angehörige der Justiz, Personal in psychiatrischen Kliniken und Feuerwehreute. Es hilft aber auch bei Bedrohungen durch den Partner, in Fällen von Stalking, bei Drohanrufen oder beim Tracking.

**Psychologie der Eigensicherung, Überleben ist kein Zufall, Dr. Uwe Füllgrabe, Psychologieoberrat a.D., Richard Boorberg Verlag, 2016, 6., aktualisierte und erweiterte Auflage, 302 Seiten, 32 Euro, ISBN 978-3-415-05706-7**

## Polizei – ein zweites Curriculum

Die meisten Menschen wünschen sich eine gute Polizei. Sie fordern da-

mit eine moderne, wirksame und angepasste Organisation und eine optimale Ausbildung für einen Beruf, der zu den schwierigsten und anspruchsvollsten gehört. Es ist nicht damit getan, die Polizei und Rechtsgebiete zu erlernen. Die vielfältigen Aufgaben

und Anforderungen der modernen Zeit erfordern eine unüberschaubare Menge an sehr speziellen Zusatzqualifizierungen. Dieses Buch beschreibt davon einen Teil, der normalerweise nicht beachtet wird. Mit anderen Worten: Der Leser findet hier ein zweites Curriculum mit Inhalten, die die Effizienz, die Bürgernähe, die Sicherheit und letztlich auch die Arbeitszufriedenheit erheblich verbessern können. Damit sind Voraussetzungen beschrieben, die es dem einzelnen Beamten und der einzelnen Beamtin ermöglichen, berufliche Zufriedenheit und eine beeindruckende und außergewöhnliche Berufsqualität zu erlangen.

**Polizei – ein zweites Curriculum, Lothar Röhrig, BoD, 2016, 149 Seiten, 17,50 Euro, ISBN 978-3-741253072**

## Kriminologie und Kriminalpolitik

Diese Einführung in die Kriminologie und Kriminalpolitik ist betont praxisorientiert. Der Titel der 23. Auflage wurde dem lang-



jährigen Inhalt des Bandes entsprechend erweitert. Der Verfasser, Professor für Kriminologie, Strafvollzug und Kriminalpolitik

an der Ruhr-Universität Bochum, bis 2010 auch Honorarprofessor an der Universität Osnabrück und früherer Justizminister des Landes Niedersachsen, bringt seine wissenschaftlichen und kriminalpolitischen Erfahrungen ein. Die Palette polizeirelevanter Themen wurde erweitert. Aus aktuellem Anlass werden kriminalpolitische Probleme am Beispiel der sogenannten Flüchtlingskrise erörtert.

Anhand von zahlreichen Beispielen aus Forschung und Praxis und in einer verständlichen Sprache wendet sich dieses Buch nicht nur an Jura-Studenten und Polizeibeamte, sondern an jeden, der sich für das kriminelle Geschehen, seine Ursachen und staatlichen (oder anderweitige gesellschaftliche) Gegenstrategien interessiert.

### Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Gegenstand und Aufgaben der Kriminologie
- Geschichte der Kriminologie und Kriminalitätstheorien
- Einflüsse der Sozialisationsagenturen auf den sozialen Entwicklungsprozess
- Wohnumwelt und Kriminalität
- Das Opfer im Mitverursachungsprozess der Straftat
- „Neue“ Kriminalitätsarten
- Neue Tätergruppen (Zuwandererkriminalität)
- Drogenkriminalität
- Tätergemeinschaften
- Europa als kriminalgeographischer Raum

**Kriminologie und Kriminalpolitik. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind, C.F. Müller GmbH, 23., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 2016, 826 Seiten, 34,99 Euro, ISBN 978-3-7832-0047-8**

## Der Entführungsfall Natascha Kampusch

Der ehemalige Kripobeamte und preisgekrönte Dokumentarfilmer Peter Reichard steht seit fast zehn Jahren in engem Kontakt mit Natascha Kampusch und hat sich durch intensive Recherche tief in die Details des Entführungsfalles vorgearbeitet. Reichard hat alle wesentlichen Akten akribisch durchforstet, hat mit Zeugen, Beteiligten und Ermittlern sowie mit Natascha Kampusch und ihrer Familie gesprochen. Dabei stolperte er immer





wieder über neue Bruchstücke der Geschichte, angebliche Enthüllungen und unterdrückte Wahrheiten. Durch seine detailliert recherchierte Analyse dieses Falles ist er auf Erkenntnisse gestoßen, die niemand vor ihm bis-



her so klar herausgearbeitet hat. Ursprünglich wollten er und Natascha Kampusch dieses Buch zusammen schreiben, aber um wirklich die ganze Wahrheit des Falles offenlegen zu können und Natascha Kampusch zu schützen, entschlossen sie sich, dass Reichard diese unglaubliche Geschichte alleine erzählen muss. Dennoch war Natascha Kampusch in den Entstehungsprozess des Buches einbezogen, war über dessen Inhalte informiert und steuerte signifikante Informationen bei.

Erst durch diese erstmals objektive und ganzheitliche Betrachtung des

Falles wird ein komplettes Verständnis der Zusammenhänge möglich. Zudem stieß Reichard auf bisher geheim gehaltene Videos aus dem Entführer-Haushalt, die einen noch nie da gewesenen Einblick in die Interaktion und Beziehung zwischen Natascha Kampusch und ihrem Entführer gewähren. **Der Entführungsfall Natascha Kampusch, Die ganze beschämende Wahrheit, Peter Reichard, riva Verlag, 2016, 400 Seiten, 19,99 Euro, ISBN: 978-3868832983**

### **Tote schweigen nicht: Faszinierende Fälle aus der Rechtsmedizin**

Eben noch war der Tod eines Menschen rätselhaft, die Wahrheit verborgen. Rechtsmediziner legen sie frei. Man könnte auch sagen: Sie legen die Finger in die Wunde, im wahrsten Sinne des Wortes. Als Detektive in Weiß tragen sie entscheidend dazu bei, ein Verbrechen aufzuklären und den Täter seiner gerechten Strafe zuzuführen. „Von den Toten lernen für die Lebenden“ ist das Credo der Rechtsmedizin.

Als Anwälte der Toten beschäftigen sich die Rechtsmediziner mit Hinter-

gründen des Daseins, den elementaren Abläufen im Leben eines Opfers und bei seinem Sterben – und das mit großem Tiefgang.

Dieses Buch hellt die finsternen Seiten des Lebens auf. Es schildert unter anderem den Fall eines Mannes,

der ein Flugzeug als Waffe benutzt, um seine Familie auszulöschen, den brutalen Showdown eines Serienkillers, den Fall Uwe Barschel sowie die Geschichte einer Elster als Mörderin. Das Buch erzählt, wie ein böser Samariter fünf Seniorinnen binnen zehn Tagen tötet, von Müttern, die ihre Kinder absichtlich todkrank machen und von Klaus Störtebeker.

**Tote schweigen nicht: Faszinierende Fälle aus der Rechtsmedizin, Klaus Püschel, Bettina Mittelacher, Ellert & Richter Verlag, 2016, 256 Seiten, ISBN: 978-3831906604**



Nr. 12 • 65. Jahrgang 2016 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**  
**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,  
10555 Berlin**  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
184.026 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Foto: Michael Arning

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# HÄUSLICHE GEWALT

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 22

Von **Detlef Averdiel-Gröner** und **Wolfgang Gatzke**.



1. Auflage 2016

**Umfang:** 144 Seiten,

**Format:** 17 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

**ISBN** 978-3-8011-0784-0

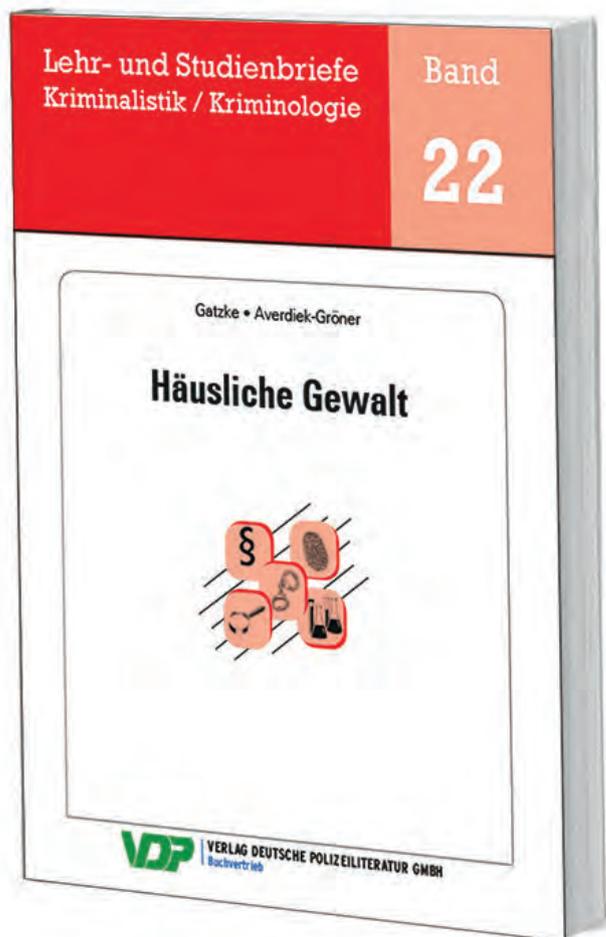
**VDP e book**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 12,99 € [D]

Der vorliegende Lehr- und Studienbrief vermittelt komprimiert das erforderliche Grundlagenwissen für das polizeiliche Handeln in Fällen häuslicher Gewalt. Im ersten Teil beschreibt er unter Berücksichtigung europäischer, nationaler und länderspezifischer Studien, Statistiken und Daten den aktuellen Wissensstand zum Thema. Er vermittelt kompakt die für die Beurteilung der polizeilichen Lage bedeutsamen Kenntnisse über Art und Ausmaß von häuslicher Gewalt, Schweregrade und Muster, typische Entwicklungsverläufe sowie besondere Risikofaktoren.

Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der spezifischen Lebens- und rechtlichen Situation der von häuslicher Gewalt Betroffenen vermittelt der zweite Teil das erforderliche Grundlagenwissen für die Anwendung des gesetzlichen Handlungsrepertoires. Einen Schwerpunkt der Darstellung bilden Aspekte der Gefahrenprognose sowie die Behandlung der zentralen Vorschriften von Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot. Ergänzt werden die Ausführungen mit Hinweisen auf vertiefende Literatur sowie im Anhang durch klausurtypische Fragestellungen mit Lösungsbemerkungen und Fallvarianten.



## DIE AUTOREN

**Detlef Averdiel-Gröner**, Polizeidirektor. Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Verbundabteilung Münster.

**Wolfgang Gatzke**, Direktor Landeskriminalamtes NRW a. D.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# Moderne Zeiten

## Armbanduhr „LOLLICLOCK Evolution Black“

Edelstahlgehäuse mit Silikonarmband, Lunette und Ziffernblatt mit 46 schwarzen Steinen aus Kristallglas, 3-Zeiger-Markenuhrwerk (PC32) mit Datum. Matt-schwarzes Metallziffernblatt mit Sunray-Schliff, erhabener Index mit 12 schwarzen Steinen aus Kristallglas. Mineralglas mit Lupe über dem Datumsfeld. Edelstahlgehäuseboden, Edelstahlschließe und Edelstahlkrone. 5 bar spritzwassergeschützt. 2 Jahre Garantie. Ø 4,6 cm.

150978  36,50 € 43,80 €



## Armbanduhr „REFLECTS Classic“

Geschenkset: Armbanduhr mit Metallgehäuse, 3-Zeiger-Uhrwerk (PC21S), Sunray-Ziffernblatt, gedrucktem Index. Schwarzes Lederarmband in Kroko-Optik, zusätzliches braunes Lederarmband in Kroko-Optik und Edelstahlarmband. Inkl. Mini-Schraubendreher. 3 bar spritzwassergeschützt. 2 Jahre Garantie. Ø 4 cm.

150980  24,95 € 29,95 €



## Armbanduhr „REFLECTS Classic“

Metallgehäuse glänzend mit IP-Beschichtung. Edelstahl-Gliederarmband mit Faltschließe, gehärtetes Mineralglas mit aufgesetzter Datumslupe, Zeiger und Stundenindex fluoreszierend, Markenuhrwerk PC32 mit Datumsfunktion. 3 bar spritzwassergeschützt. 5 Jahre Garantie. Ø 4,3 cm.

150974  39,95 € 47,95 €



## Chronograph „Nebraska“

Edelstahl-Chronograph poliert mit Schraubboden, Kronenschutz. Rindlederarmband mit Edelstahl-Dornschließe, gehärtetes Mineralglas, Markenuhrwerk mit 24-Stunden-Anzeige. 5 bar spritzwassergeschützt. 5 Jahre Garantie.

150976  56,95 € 68,50 €



## Armbanduhr „LOLLICLOCK Fortytwo Silver“

Flaches Gehäuse mit 2-Zeiger-Markenuhrwerk (PC20), Metallziffernblatt, erhabener Index mit fluoreszierender Füllung. Mineralglas, Edelstahlgehäuseboden. Edelstahlschließe, Edelstahlkrone und Metallband. 3 bar spritzwassergeschützt. 2 Jahre Garantie. Ø 4 cm.

150977  27,95 € 33,95 €



Garantie nicht auf Batterie, Armbänder und Verschlüsse.

Weitere Armbanduhren und nützliche Produkte finden Sie unter: [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
osg.werbemittel@gdp.de · [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)